

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. inkl. Postgebühren.

Redaktion: Tauscher Str. 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.  
Telephon 2721.  
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5spaltige Pettizelle oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im Voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauscher Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

## „Flottwellsche Politik.“

Leipzig, 22. Mai.

I.

„Im Großherzogtum Posen befinden sich einige Hundert polnische Güter besitzende Edelleute, die mit ihrem Anhang von Vettern, Schlätzigen, Woiwoden, Bögen und Hausbedienten einige Tausend Köpfe bilden, die das böse Prinzip der Provinz sind. — Der anliegende Aufsatz entwickelt einige Ideen, wie Preußen von diesen gefährlichen Menschen, ohne Ungerechtigkeit zu begehen, zu befreien ist. Es ist wohl kein Zweifel, daß wenn Preußen die ansehnlichen Kosten, die uns die Anstalten gegen die polnische Insurrektion gekostet haben, in den letzten fünfzehn Jahren verwendet hätte, um die polnischen Güterbesitzer auszukufen, das Großherzogtum Posen eine ganz sichere preussische Provinz wäre.“

Also schrieb der polnische General Crolman in seiner Denkschrift über die Verhältnisse in Polen am 25. März 1832.

Den gefährlichen polnischen Adel auszukaufen — die Idee gefiel Friedrich Wilhelm III., und, „ohne Ungerechtigkeit zu begehen“, wurde vom König eine Summe designiert, um polnische Güter aufzukaufen. Die „Flottwellsche Politik“ erlebte in Preußen ihre erste Auflage. Nachdem im Jahre 1840 der romantische Kronprinz den Thron bestiegen und seine „modernen“ Reformen begonnen hatte, gehörte die Crolmansche Staatskunst zu dem wenigen Reaktionen, was in die Rumpfkammer wanderte.

Es war dem Säkularmenschen vorbehalten, das Prachtstück wieder aus dem Schranke für die abgelegte, mottenzerfressene Garderobe der Reaktion hervorzuholen und dem deutschen Philister nach beinahe fünfzig Jahren als genialstes Produkt der Säkularpolitik zu präsentieren. Ein Hundert-Millionenfonds wurde im Jahre 1886 bewilligt, um eine Ansiedelungskommission für Posen und Westpreußen zu schaffen. Neuaufgekauften polnische Güter, sowie geeignete königliche Domänen der Provinz sollten zur Bildung von kleinen Kolonien verwendet und nur an Deutsche hergegeben werden. Auf diese Weise sollte der polnische Adel einfach expropriert, aus dem Lande vertrieben, hingegen deutsches Element mitten unter die polnische Bevölkerung als Sprengkolonnen verpflanzt werden.

Auf 100 Millionen wurde von dem „genialsten Staatsmann des Jahrhunderts“ die Lebenskraft des polnischen Volkes in Preußen taxiert. Um diesen Preis versprach er „die gefährlichen Menschen“ aus den östlichen Provinzen herauszuküpfeln und der Hydra des polnischen Nationalismus ihre sämtlichen Köpfe abzuhauen. Aber o Wunder, es vergingen 12 Jahre und da war die „großpolnische Gefahr“ an der Ostgrenze nicht nur nicht verschwunden, sondern es

erwiesen sich neue 100 Millionen notwendig, um den Kampf mit der Hydra erst mit frischer Kraft aufzunehmen. Der Erneuerer des Flottwellschen Systems war inzwischen selbst auf sein Altenteil gesetzt worden, er war gegangen, aber die „polnische Gefahr“ war geblieben. Und nun meldete sich die preussische Regierung wieder als würdiger Erbe des „genialsten Staatsmanns“. Nur noch einmal 100 Millionen, tief sie 1898, und wir haben das Ungeheure gestreckt!

Es wurden die neuen 100 Millionen bewilligt, der deutsche Philister sah schon da mit hohen Augenbrauen und wollte gerne staunen. Aber das weltgeschichtliche Schauspiel ließ wieder auf sich warten. Der Vorhang blieb hartnäckig heruntergelassen. Und jetzt erscheint der Regisseur vor der Rampe, um sich mit verlegenen Lächeln und einem schiefen Blick vor dem verehrten Publikum zu entschuldigen, daß die Vorstellung leider immer noch nicht stattfinden könne, aber, falls man der Direktion neue — 250 Millionen gütigst pumpen wolle, mit aller Sicherheit demnächst in Glanz und Prunk zum Staunen der Welt gezeigt werde.

Nach den Ferien wird also dem preussischen Landtag die dritte der Reihe nach antipolnische Vorlage präsentiert werden. In ihrer Aufeinanderfolge erinnern die polnischen Ansiedelungsvorlagen stark an die neueste Geschichte der Flottengeseje. Im Jahre 1886 — 100 Millionen, nach zwölf Jahren neue 100 Millionen, und nun — kaum nach vier Jahren — neue 250 Millionen! Das Tempo immer rascher — die Forderungen immer sprunghafter in ihrem Wachstum. Und bei jeder neuen Forderung die unvermeidlichen Versicherungen, diesmal sei es bei Gott und allen Heiligen der letzte Pünip, diesmal seien die Mittel zur Lösung der großen Aufgabe endlich genügend. Die Ähnlichkeit mit den „großen Bügen“ unserer Marinepolitik ist in der That eine unheimliche. Liegt vielleicht auch unsere offizielle Polenpolitik auf dem Wasser?

Sehen wir zu.

Worin besteht vor allem der beabsichtigte Zweck der seit Jahrzehnten geführten Ansiedelungspolitik? Der Zweck war, wie ihn Bismarck in der großen Polenrede am 28. Januar 1886 formulierte: „die Verhältniszahl zwischen der polnischen und deutschen Bevölkerung möglichst zum Vorteil der deutschen zu bessern, um sichere Leute, die am preussischen Staate festhalten, in jener Provinz zu gewinnen.“

Wer mochten wohl die „unsicheren Leute“ der polnischen Provinzen sein, die es auszurotten galt?

Für jedermann, der mit den polnischen Verhältnissen überhaupt und in den preussischen Teilen Polens im besonderen einigermaßen vertraut ist, ist es eine alte und stehende Tatsache, daß separatistische Bestrebungen der

polnischen Bevölkerung seit Jahrzehnten nur in der Phantasia strebsamer preussischer Politikisten und des wildgewordenen deutschen Kleinbürgers der Ostprovinzen existieren. In Rußisch-Polen war es die eigentümliche kapitalistische Entwicklung, die alle nationalen Bestrebungen unterbunden und schließlich seit den 60er Jahren gänzlich begraben hat. Was aber in dem russischen Teile die kapitalistische Bourgeoisie, das hat in Preussisch-Polen — der grundbesitzende Adel fertiggebracht. In den vorwiegend agrarischen Provinzen mit einem kümmerlichen Kleinbürgertum war und ist er die herrschende und tonangebende politische Klasse, er beherrscht das ganze intellektuelle Leben, er hat die parlamentarische Vertretung der Provinz im Landtage wie im Reichstage gänzlich monopolisiert. Preußen müßte aber nicht das klassische Junkerparadies sein, das es seit jeher und besonders seit dem Bismarck-Regiment ist, wenn der polnische Junker nicht in Preußen mit dem seiner Klasse eigenen Instinkt sein wahres Vaterland erkennen sollte.

Das Verhalten der „Polen“ im Landtag wie im Reichstag, der „konservativen“ — im Sinne der preussischen status quo-konservativen! — Posener Presse zeigen dies auf Schritt und Tritt.

Und gegen diese polnischen Junker, die für die Vermehrung des deutschen Reichsheeres stimmen, des selben Heeres, das die geringste Regung der Polen im Blute ersticken würde, gegen diese Admiralskis, die für die Vermehrung der deutschen Kriegsflotte schwärmen und für die „nationale“ Reichspolitik auf dem Gebiete des Zollsystems ihre Stimmen abgeben, gegen diese Koscielskis, die erst vor einigen Tagen im Landtag die Geschäftsführung der antipolnischen Ansiedelungskommission von dem Standpunkte kritisierten, daß sie — „das monarchische Gefühl in Preußen untergrabe“, gegen diese Junker, die in ihren Blättern erklärten, einem von deutschen Gerichten unaussprechlich zu härtesten Freiheitsstrafen verdornerten polnischen Käseblättchen geschehe schon recht, weil es eine „zu scharfe Sprache“ führe, gegen diese adeligen Wiederwärtler, die jeden Schatten eines separatistischen Gedankens in der polnischen Gesellschaft als „verbrecherische Abenteuerpolitik unaußgegrenzter Gymnasialhirne“ denunzieren, die mit einem Wort bei dem leisesten Geräusch einer polnischen Nationalbewegung wie erschrockene Kaninchen Seitenprünge machen und in den schützenden Stall der preussischen Militärmonarchie flüchten, gegen diese „gefährlichen Menschen“ ist also die ganze preussische Haupt- und Staatsaktion gerichtet? Großer Schatten des Säkularmenschen, vergeh uns — wir müssen lachen! . . . Wie? Der polnische Adel — die Mycielskis, Cegielskis, Radziwills, die Schnapphanskis und Waschlappskis, diese Ritter mit der

## Seuilleton.

### Niobe.

Roman aus der Gegenwart von Jonas Lie.

Der Doktor sah mühsig an seinem Pulse und stützte den Ellenbogen. Er war in Gedanken versunken, sah verträumt aus und blickte nicht auf, als Njel eintrat.

„Nun also, Vater.“

„Du bist ja so stille.“

„Hat dies etwas zu bedeuten?“

„Du könntest gerne aufrichtig gegen Deinen Vater sein, Njel.“

„Klang es vorturfsvoll.“ Dieser letzte Handel mit dem Svartsvald, der war wohl nur so so, um nicht zu sagen . . .“

„Hast Du etwas davon gehört, Vater . . . Sagt man etwas?“ fragte Njel hastig.

„Nein — — — aber — ich reise ja so viel in der Umgegend umher und höre so manches — die Holz-fäller —“

„So — ho — aufrichtig, aufrichtig . . . als ob es damit gelhan wäre! Will gerne bekennen, daß Ebbe ist, vollständig Ebbe in diesem Augenblick. Natürlich leugne ich es allen und jedem gegenüber, dem es einfallen sollte, mir dergleichen zu sagen . . . Aber unter uns — jaha — es steht so, daß wir mit dem Svartsvald betrogen sind, schändlich betrogen, und mehr als recht und billig ist, wie mir scheint . . .“

„Aber so schlimm, wie ich anfangs dachte, ist es nun auch nicht — ich fürchtete schon, daß ich keine Spur von brauchbarem Holz finden würde. — Dem ist aber nicht so und ferner — können wir nur

einige Jahre warten, dann ist der Wald zugewachsen und wir haben alle Chancen. Es handelt sich nur darum, zu warten — den Wald so lange halten zu können . . . Natürlich erfordert das Kräfte und wird etwas zehren; aber ich stehe ja nicht allein; wir sind viele, um es zu tragen.“

Der Doktor starrte geistesabwesend vor sich hin; tiefe Furchen gruben sich in seine Stirn.

„Njel, könntest Du mich nicht auf irgend — irgend eine Art aus der Sache herauschaffen,“ bat er vertraulich. „Es tötet mich geradezu, sieht Du . . . Ich muß, muß davon befreit werden . . . Nun, glaubst Du nicht, daß Du das für Deinen Vater thun kannst, mein Junge? Du stehst ja so viele Mittel und Wege zur Verfügung, wenn Du es nur richtig angreifst. Und so unendlich viel bin ich ja auch nicht wert. — Erwinne irgend etwas, um mich aus der Affaire herauszuziehen.“

„Es geht mir, weiß Gott, nahe genug.“ . . . Njel begann erregt auf und ab zu schreiten. „Du kannst wohl denken, daß ich Dir schon längst Deinen Namen zurückgegeben hätte und ihn nicht ganz von Johanni her hätte stehen lassen, wenn ich nicht selbst arg in der Klemme wäre. Man kann so wenig vorher bestimmen, alles nimmt doppelt so viel Zeit, als man glaubte. Und so wie man uns betrogen hat . . . Es ist nicht so leicht, siehst Du, ein Fuder den Berg hinauf zu ziehen, als oben drauf sitzen und einen Hügel hinunterfahren, — wenn man vom Glück begünstigt ist.“ . . .

„Njel,“ sagte der Doktor und erhob sich plötzlich mit einem Ruck, „ich will dafür bezahlen, so viel ich auf-treiben kann — zweitausend Kronen, wenn ich nur meinen Namen wieder habe. Ich werde sie Dir kontant aus-bezahlen.“

„Jaha, es ist wirklich schändlich, — geradezu schändlich, — daß es so kommen mußte. — Man möchte sein Hemd verkaufen, wenn es nur etwas nützen würde.“ . . .

„Meinst Du nicht, daß Du bald etwas für mich thun kannst, Njel, recht bald?“ Klang es bittend, „nicht wahr, wenn ich Dir die zwei Tausend ausliefern?“

„Ich kann und will, Vater, wenn Du mir nur Zeit läßt! Ich werde doch zum Kukuk zwischen all diesen Namen, über die ich disponiere, einen finden, der sich fangen läßt, wenigstens jetzt, wo mir zweitausend Kronen zur Verfügung stehen.“ . . .

„Du sollst sie haben, Njel, auf der Stelle, wenn Du mir nur — nur meinen Namen wieder verschaffst.“

„Für zweitausend Kronen thut Grönsaage es — Grönsaage eher noch als die anderen in diesen geld-knappen Zeiten.“

Njel schritt nachdenklich hin und her und schaute vor sich nieder; — „Ich glaube fast, ich habe meinen Mann, — angesehen und berührt in der Bank — wegen ganz besonderer Pünktlichkeit, — dazu von meiner Vergoldung . . . Ich mache es wie die Russen, wenn die Truppen ins Feuer getrieben werden sollen, vorne Aufmunterung und hinten Kanonen. — Es ist gemein, daß Du das Geld hergeben mußt . . . Aber diese zwei Tausend will ich Dir separat schulden; — denn ich bin es, der —“

„Hier auf dem Pult, hier auf dem Tische sollen sie liegen, Njel, gib mir nur meinen Namen wieder!“

„Schändlich, all das viele Geld, das in der Sägemühle steckt . . . Sie ist lange nicht hoch genug versichert mit fünfundvierzig Tausend — außer den Planken, die stets variieren. Hätt ich diese Summen doch in Händen, — oder wäre es nur nicht jetzt so ganz unmöglich, größere Anleihen zu machen, — dann könnte ich in kurzer

Zustimmung und mit monarchischem Gefühl im Herzen — dies die grimmigen Feinde Preussens, die verschlagenen Konspiratoren gegen die bestehende Ordnung, die furchtbare Gefahr für die Integrität des Staates, für Preußen, für das Reich, für den Thron, den Altar und alle heiligsten Güter! Und im preussischen Landtag, wo die wunderliche Species des polnischen Junkers seit Jahrzehnten zur allgemeinen Beschäftigung ausgestellt ist, erhob sich nicht ein homerisches Gelächter? Deutschland lachte nicht schallend, aus vollem Halse, bis zu Thränen, als man ihm die 100 Millionen-Vorlage „zur Ausrottung des polnischen Adels“ zeigte, nicht das erste, auch nicht das zweite Mal? Es bleibt auch heute noch ernst, angefüllt des dritten Aktes des nun doppelt geharnischten Don Quixotte wider die Windmühlen?

Nein, entschieden, das klassenbewusste Proletariat ist heute die einzige Klasse in Deutschland, die noch über den besonderen klassischen Humor der Reaktion zu lachen versteht.

**Politische Uebersicht**

**Die Mitschuldigen.**

Die ersten Nachrichten, die über das sogenannte Attentat auf den neugeborenen König von Spanien einliefen, unterschieden sich dadurch, daß die offizielle Lesart nur von einem närrischen Streich eines Verrückten wissen wollte, während „unabhängige Berichterstatter“ ein wirklich und wahrhaftiges Attentat meldeten. Wir lassen hier ganz dahingestellt, welche Bewandnis es sonst mit diesem Unterschiede haben mag; es wäre ja nicht ausgeschlossen, daß man sich „offiziell“ des Schwindels schämt und ihn deshalb durch „unabhängige Berichterstatter“ lancieren läßt. Jedenfalls lag die Sache äußerlich so, wie wir eben angegeben haben, und wer der ganzen Geschichte überhaupt eine politische Bedeutung beilegen wollte, der mußte sich daran halten, daß offiziell von der spanischen Regierung, die es doch am Ende am besten wissen muß, ausdrücklich bestritten wurde, daß ein wirkliches Attentat vorliege.

Gleichwohl lesen wir in einem Blatte, daß der offiziöse Versuch einer Retouchierung des erschreckenden Zwischenfalls zwar verständlich sei, aber nicht überzeugend wirke. Sei doch auch schon die Nachricht von einer anarchistischen Verschwörung aus Madrid eingelaufen. Möge sich nun auch der „König Alfonso“ — nämlich der achtzehnjährige Knabe, der unter diesem Titel gekrönt worden ist — die harmlose Deutung des auf ihn gemachten Wörversuchs suggerieren lassen — „der entsehbare Eindringling jenes Augenblicks auf dem Wappenstein wird in seinem weichen Kinderhemde dauernd nachwirken. Bei dem ersten Schritt aus der von Liebe und Sorge umhüllten Hülle, lichteit hinaus ins Königsleben hat er die Schauer des Todes empfunden, hat ihn, sei es auch nur in seiner Vorstellung, der Dämon des Königswordes entgegengegrinst. Vellagenwertes Kind, dem solch eine entsetzliche Erinnerung unaussprechlich in die Seele eingebrannt worden!“ Und so geht es spaltenlang fort, nicht etwa in einem Feuilleton, wo ein mißlungener Lyriker seine schöne Seele aushaucht, sondern im feierlichen Leitartikel an der Spitze des Blattes.

Wäre das in der Kreuzzeitung oder in der Post geschehen, so könnte man sich mit der Bemerkung begnügen, daß die Sache das Raufen nicht läßt. Diese Blätter leben einmal von Attentatschreien und jeder nährt sich so redlich, wie er kann. Allein die obige Vitauei findet sich in der Boffischen Zeitung, dem Leit- und Magenblatte des Berliner Freisinnigen, das noch viel freisinniger ist, als selbst das Berliner Tageblatt des Herrn Woffe, und das die geheimsten Gedanken des „demokratischen“ Spielbürgers viel charakteristischer ausspricht, als selbst die freisinnige Zeitung des Herrn Eugen Richter. So haben es diese Leute getrieben bei dem schelmischen Attentat Höbels und dem wirklichen Attentat Nobilings; so haben sie es bei der Ermordung Carnots getrieben und so treiben sie es jedesmal, wenn ihnen auch nur eine entfernte Gelegenheit gegeben wird, vuzantinscher Bauchschmerz zu frönen, sei es auch nur vor dem unreifen Jungen, der eben das wackelnde Thronchen in Madrid erklert hat. Ziehen dann freilich die resoluten Reaktionäre die Konsequenzen aus solchen verächtlichen Tiraden, dann schreien die „freisinnigen Monarchisten“ über Freiheits- und Volksverrat, als ob sie nicht die gemeingefährlichsten Mitschuldigen an diesem Verrat wären!

Es wäre übrigens aber ungerecht, zu verkennen, daß die Boffische Zeitung neben ihren unerschöpflichen Schuldigungen an die Monarchie, selbst wenn sie ihr nur in der Figur eines „be-

klagenswerten Kindes“ erscheint, auch ein Herz für das arbeitende Volk hat, ein Herz, das sie nicht minder offen herausschüttelt, nämlich in einer unermüdlichen Patronage des Revisionismus. In dem Siege dieser Richtung sieht sie einen fast ebenso bedeutenden Kulturfortschritt, als in der Thronbesteigung des Don Alfonso, und das will etwas sagen. Schade, daß die deutschen Arbeiter diese Sorte freisinnige Presse nicht lesen können, die sich an den Revisionismus herandrängt, um mit ihm gemeinsam die „revolutionäre Phrase“ tot zu schlagen; aber gelegentlich Proben dieser staatsmännischen Weisheit, wie die oben citierten Sätze der Tante Woff, wollen wir ihnen gern übermitteln.

**Die mißlungene Exekution.**

Der Leiber aus der strafenden Hand eines Selben mit heiler Haut entkommene Wilnaer Gouverneur v. Woff gehört zu der verächtlichsten Gattung der Schergen im Kaiserreich. Brutal, schamlos, gemein, vereint er mit der Grausamkeit eines Raubjägers noch eine rein „menschliche“ raffinierte Fribollität und erinnert darin an die Typen, wie sie nur noch die nach den entlegenen Kolonialgebieten verpflanzte europäische „Kultur“ produziert.

Schon vor langen Jahren Gouverneur in Witebsk, hat er hier sein Regiment dadurch berühmt gemacht, daß er mehrere Gymnasialisten von der Polizei auspeitschen ließ. Später als Gouverneur im Gouvernement Kurland tätig, hat er während einer Bauernrevolte einige Bauern zu Tode gepeitscht. Daraufhin als Polizeimeister nach Petersburg verpflanzt, hatte er Gelegenheit, seine Faust an dem kämpfenden industriellen Proletariat zu versuchen. Als in der großen Cigarettenfabrik Laferme die Arbeiterinnen in den Ausstand traten und von dem gefürchteten Polizeimeister zur Rede gestellt, sich beklagten, daß sie bei einer vierzehnstündigen Arbeitszeit und einem täglichen Verdienst von circa 20 Kopfen (40 Pfennige) nicht auskommen könnten, warf er ihnen die Worte ins Gesicht: „Verdient doch den Rest mit Prostitution!“

Im November vorigen Jahres verlegte v. Woff seine Thätigkeit als Gouverneur nach Wilna. Hier fand er gerade die Berber von Smorgon (ca. 1300 Mann) mitten im Generalstreik, der sowohl einen politischen wie ökonomischen Charakter trug. Es handelte sich nämlich teils um die Freilassung der bereits verhafteten 31 „Kulstifer“ der Bewegung, wie um die Verkürzung der Arbeitszeit. v. Woff machte kurzen Prozeß; er schickte nach Smorgon vor allem eine Abteilung Kosaken, dann ließ er über 80 Arbeiter festnehmen und ins Gefängnis stecken, und endlich wies er ca. 600 Streikende nach ihren Heimatgemeinden aus. So wurde „die Ordnung“ wiederhergestellt.

Aber das schönste Stückchen, für das wahrscheinlich auch das mißlungene Attentat die gebührende Anklage sein sollte, hatte der Schurke aus Anlaß der Walfest gefeiert. Schon Ende April verbreitete sich in Wilna das Gerücht, daß v. Woff ganze Bündel Ruten holen und in Wasser legen lassen. Man hielt die Kunde für einen faulen Witz. Als indes während der Walfest die Arbeiter massenhaft verhaftet wurden, begann am anderen Morgen die Exekution. Dabei wurde das grausame Spiel folgendermaßen getrieben. Jeder Arbeiter wurde einzeln auf die Polizeiwache geführt, hier begrüßte ihn der Gouverneur mit höhnlichem Lächeln und mit der Anrede: „Ich gratuliere zum Feiertage!“ Und da — er wies auf die Ruten — „habe ich für euch auch eine kleine Ueberraschung.“ Dann wurde der Mann entkleidet. „Wie alt sind Sie?“ fragte der Inquisitor weiter. „Zwanzig, dreißig, vierzig“, antwortete je nachdem das Opfer. „So?“ dann geht ihm ebensoviele Ruten!“ befahl v. Woff, und das Peitschen ging los, wobei der Gouverneur mit Wollust zuschaute und die Pöbele zählte. Einer der Gemarterten hatte im ärgenden Trotz gerufen, er sei eine Million Jahre alt. Darauf wurde er solange gepeitscht, bis er in Ohnmacht fiel und ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Die gequältesten Arbeiter sind meistens Juden und, wenn der Attentäter seinen wirklichen Namen angegeben hat, so ist dem Gouverneur in Sibirien Bekert auch ein Rächer unter dem jüdischen Proletariat erstanden. Diesmal war das heldenhafte Opfer des Lebens umsonst gebracht und das liebe „Publikum“ half natürlich mit, den Rächer der mit Füßen getretenen Menschenwürde in die Krallen der Polizei zu bringen, aus denen er wohl nicht wieder herauskommt. Aber die einstuveln glücklich gerettete Kanaille wird sich hoffentlich den Fall doch als Warnung und als Mahnung merken, daß in Rußland die Zeiten der ungestraften Herrschaft von ihresgleichen denn doch ein für allemal vorbei sind. „Und die da niederdomern muß, die Davine kam ins Rollen!“

**Die Woffsjagd.**

Aus Wien wird uns geschrieben: „Meine Gegner haben gegen mich eine förmliche Woffsjagd veranstaltet“, so jammerte K. S. Woff vor einigen Tagen in einer Wählerversammlung! Es dürfte in der That in der Geschichte der politischen Parteien sich kaum ein zweites Beispiel aufzählen lassen, daß Leute, die einer Partei nicht nur angehört, sondern auch diese Partei mitgründen halfen, mit derartigen Waffen gegeneinander kämpften, wie dies jetzt in dem Duell Schönerer-Woff geschieht.

Die Vorgeschichte ist bekannt. Im November vorigen Jahres mußte Herr Woff unter dem Eindruck einer persönlichen Skandalaffäre seine Mandate niederlegen. Als er nun aber sah, wie Schönerer, der ihn als einen gefährlichen Rivalen fürchtete und mit dem er schon lange in stiller Feindschaft lebte, diese Gelegenheit benutzte, um ihn politisch zu vernichten, ließ er sich wieder sowohl in den Reichsrat als in den böhmischen Landtag wählen und versuchte die Führung des alldeutschen Verbandes an sich zu reißen. Dieser Versuch schlug fehl. Von den 22 Mitgliedern dieser Fraktion gelang es ihm nur, 5 zu sich herüberzuziehen, mit denen er die Gruppe der Ostdeutschen bildete. Aus dem Parlament wurde der Kampf in die Presse und in die Wählerchaft getragen. Volkstage und Parteikonferenzen ohne Zahl wurden veranstaltet. Als die Alldeutschen sahen, daß die große Mehrheit der Wähler sich zu Woff neigte, suchten sie Woff auf dem Wege von Enthaltungen über seine Person zu vernichten. Dies scheint ihnen nun auch zu gelingen. Abg. Dr. Schall, seinen Eigenschaften und seiner Begabung nach eine Null, nur durch Liebedienerei gegen Schönerer und strapellose Betriebsamkeit in allen politisch-taktischen Fragen emporgekommen, provozierte einen Streit mit Woff und verweigerte, „ritterliche Genugthuung“ zu geben, da nach seiner Ueberzeugung Woff ehelos wäre. Er verfaßte nun eine Broschüre, die am 20. d. M. unter dem Titel: „Warum ich Herrn K. S. Woff für ehelos erkläre“, erschienen ist. Sie enthält so schwere Beschuldigungen, daß ihre Richtigkeit vorausgesetzt, Woff ein politisch und moralisch toter Mann ist. Woff wird beschuldigt 1. der ehelichen Untreue und der Verführung unter erscheinenden Umständen, 2. der Geldannahme für die Ostdeutsche Rundschau nicht nur seitens des Judentarjells, sondern auch seitens der Südbahn und seitens des Herrn v. Taufsig, der verächtlichsten Finanzgröße, in dessen Händen sich eine große Bank und mehrere Hauptbahnen befinden, 3. der verführten Zurverfügungstellung der Ostdeutschen Rundschau für Zwecke der russischen Regierung. Die Beweise hat sich Herr Schall für die Gerichtsverhandlung aufgehoben. Herr Woff antwortete in der gestrigen Ostdeutschen Rundschau nur mit einigen allgemeinen Proben, in denen nicht undeutlich Herr Schall seinerseits des Ehebruchs geziehen wird, in der heutigen gar nicht. Für den Unbetheiligten, der sich in der alldeutschen Sentinelle nicht auskennt, dürfte bis jetzt folgendes feststehen: Gerade der schwerste Vorwurf, wegen der Verhandlungen mit der russischen Regierung, dürfte unbegründet sein. Denn der russischen Regierung stehen die großen Wiener Zeitungen, voran die Neue Freie Presse jederzeit — ob gegen Bezahlung oder nicht, sei hier dahingestellt — zur Verfügung, wie sich gerade jetzt wieder aus der Haltung der Wiener Freien Presse gegenüber der Freiheitsbewegung in Rußland ergibt. Die kleine unbedeutende D. N. kann für die russische Regierung kaum in Betracht kommen. Die erste Gruppe der Beschuldigungen, die Woffs privates Leben betreffen, kann für die Öffentlichkeit nicht in Betracht kommen. Verbleibt der Vorwurf der Verführung. Und hier scheint Herr Woff beträchtlich verwundbar zu sein. Diese Beschuldigungen dürften kaum ganz aus der Luft gegriffen sein. Die Klage Woffs wird für die nächsten Tage erwartet. Abg. Schall, der bereits wegen anderer Uebertretungen von Woff beim Bezirksgerichte Linz verklagt wurde, wird vom Abgeordnetenhause auf sein eigenes Ansuchen ausgeliefert werden. Ueber beide Klagen zusammen wird dann wahrscheinlich vor dem Wiener Schwurgericht verhandelt werden.

Nur der Fall der D. N. ist sehr schade. War sie doch eines von den wenigen Wiener Blättern, die man für unbestochen hielt. Außer der Arbeiterzeitung galt eigentlich die D. N. als die einzige Wiener Zeitung, die nicht in direkter oder indirekter Abhängigkeit vom Kapital stand. Unsere Zeitungen sind, soweit sie auf ehrliche Einnahmen angewiesen sind, wegen der geringen Höhe ihrer Auflage arm. Nicht am geringsten ist daran unsere Pressegesetzgebung schuld. Lange Zeit hindurch mußte bei Gründung einer Zeitung eine Kaution erlegt werden, jede einzelne Nummer war mit einem Stempel von einem Kreuzer belastet. Das Kopportieren und Anrufen der Zeitungen ist noch heute verboten und dabei wurden die Blätter

Zeit ein Krösus werden, — den Kaiserwald kaufen! Ich habe ein schriftliches Angebot erhalten, das ihn mir für fünfunddreißig Tausend zusichert. Sozusagen schon abgemacht — den Rest der Kaufsumme auf jährliche Abzahlung. . . Und dieser Wald besitzt die merkwürdige Eigenschaft, daß er wirklich — sowohl mit meinen als mit anderer Leute Augen beschen — voller Holz ist, das einen Wert von hundert Tausend repräsentiert. — In fast dreiundzwanzig Jahren ist nichts darin geschlagen worden. . . aus dem Grunde, weil der Ebertswald sowohl den Fluß zum Flößen als das Recht, ihn zu benutzen besitzt, so daß es sich bisher wenig lohnte, im Kaiserwald die Bäume zu fällen, wenn man nicht etwa — merke wohl auf, Vater, — sowohl den Ebertswald als den Kaiserwald besitzt, — dann gewinnt das Ganze ein anderes Aussehen. — Du begreifst nun wohl meine Absicht. — Fünfunddreißig Tausend — fünfunddreißig Tausend. — Wäre es nur im vorigen Jahre gewesen oder vor Weihnachten; ich würde sie mir mit großer Leichtigkeit verschafft haben. Die Früchte hängen nicht höher, als daß ich sie fast reichen kann.“

„Du, Hjel.“ — bemerkte der Doktor, als der Sohn sich zum Fortgehen anschickte, — „es könnte gewiß nicht schaden, wenn Du Thekla etwas auf dem Laufenden hieltest mit Deinen Affairen. Eine Frau macht sich so leicht allerhand Gedanken, wenn es Dinge giebt, die sie nicht versteht, und geht umher und reimt sich Sachen zusammen, die nicht zusammen gehören. Ich sage damit ja nicht, daß Du Deine Taschen um und um kehren sollst. . . Aber nun z. B. diese Aussichten mit dem Kaiserwald, siehst Du, die würden sie gewiß interessieren und aufmuntern. Ich bin überzeugt, sie wird gespannt sein, zu erfahren, was daraus wird, obgleich es sich auch diesmal nur um Geschäfte handelt.“

Eines Tages kam Endre ganz unerwartet heim ins Elternhaus, um dort einen Teil des Sommers zu verbringen, wie er sagte.

Soeben hatte er ein recht peinliches Verhör drinnen im Comptoir bestanden, den Vater in Bezug auf sich mutlos und bedrückt gefunden — und ziemlich gealtert. Nun vertrieb er sich die Zeit damit, im Hofe hin und her zu schlendern, begleitet von Maffi, bei der er mannigfache Erkundigungen über Familienangelegenheiten einzog; über Aunt, der für Eisenbahnanlagen schwärmte, allerhand Begebau und Ingenieurkünste mit Dynamit-Sprengungen oben in der Laube verfuhrte, und von dem Schulleiß meinte, daß er zum Frühjahr das Mittelschul-examen machen könne, um darauf in eine technische Schule einzutreten; — sie selbst sei schon in diesem Jahre für das Examen reif. —

Maffi hatte Eile; sie mußte hinaus, um etwas zu lernen, wollte ebenfalls auf eine Art technische Schule, Architekt wollte sie werden, zeichnen und erfinden, Häuser bauen, eins immer noch schöner als das andere. Sie mußte schon, wie sie ihr eigenes Haus einrichten wollte. . . Nur kam es darauf an, ob sie verheiratet sei oder nicht. Und das hing wieder davon ab, ob sie jemandem beegnete, den sie sehr, sehr gerne leiden möchte.

Endre klemmte das Monocle ins Auge: „Sie bleiben sich doch alle gleich, mögen sie nun in die Luft oder mit Mauersteinen bauen, zuletzt muß immer ein Mann einziehen.“

Und was war mit Bertha, die heute unten auf der Auktion in Ostad gewesen. War sie mit diesem Auktionator Schülberg verlobt, oder nicht; oder war Maffi ein Dummkopf, die über eine so verwickelte Angelegenheit keine Auskunft zu erteilen vermochte. . .

Nun gewachte er Schulleiß, der aus der Hofthür

heraustrat und rief ihm, den Hut ein wenig lüftend, mit gezwungenem Lachen zu:

„Man befindet sich wieder im Schoße der Familie, — dem moralischen Viehstall, wo man mit Illusionsnahrung aufgezogen und gemästet wird, um bereit, wenn man mit auf den Weltmarkt hinauskommt, geschlachtet zu werden, — nicht wahr. . . Sehen Sie, man hat ab und zu ein wenig Erholung nötig nach dem täglichen Kampf auf einer Laufbahn, auf der man just nicht zu laufen scheint,“ nickte er, indem er die Treppe erklimmte. . .

„Und so ist man denn wieder zwischen dem niet- und nageltesten angelangt, spikensfest bis auf die Anschauungen hinab. . . Oder kann man sich wohl etwas teuflischeres, betrügerischeres denken, als solch ein fest-gemauertes Heim, wo man sich so vielen Illusionen hingeben kann, wie man will, man findet doch sein Essen dreimal am Tage und sein Bett des Nachts bereit. . . Da zieht man denn in die Welt hinaus, ist voller Gutmütigkeit und Treuherzigkeit.“ — er brach kurz ab, als Frau Bente mit dem Kaffee erschien.

„Ich glaube, es taugt nicht, davon allzu viel einzubüßen, Endre,“ bemerkte Frau Baardvig, „es ist nun doch einmal der treuherzige Glaube, der den Mut aufrecht erhält.“

„Höre ich nicht wieder den Hammer Schlag. . . Der Glaube an was — daran, daß es draußen in der Welt richtig und gerecht zugeht!“ — lachte er höhnisch.

„Ach ja, man kann wohl Enttäuschungen erleben; aber zuletzt kommt doch immer wieder etwas, was uns entschädigt und hebt.“

(Fortsetzung folgt.)

nach durch das Papierkartell, das die Preise für Zeitungspapier auf einer unglaublichen Höhe hielt, schamlos ausbeutet. Alles in allem: Die Zeitungen müssen entweder eingehen oder unendlich sein. Es ist betrübend, daß aus der geringen Zahl der ersteren wieder eine ausgeschaltet wurde.

Herr Wolff wird ersüßigt werden, wenn die Geschworenen über ihn das Verdikt sprechen werden. Schall, Schönerer und Kramm sind heute schon gerichtet. Die Schall'sche Flugchrift ist das Produkt jahrelanger Spießbücherei. Das meiste Material muß schon zu der Zeit gesammelt worden sein, wo sich alle die freundlichen Herren, die sich heute zu Unwillkürlichkeiten stempeln; noch gegenseitig als Führer des deutschen Volkes und Jung-Siegfriede verherrlichten. Warum wurde Herr Wolff von seinen Parteigenossen, wie es ihre verdamnte Pflicht und Schuldigkeit gewesen wäre, nicht gewarnt? Warum sein Blatt nicht unterdrückt? Die Wunderrichter sind eben keine ernste Partei, sondern eine freie Vereinigung von Psychopathen, von Ehrgeizigen, von Ränkeschmeibern, von Größenwahnsinnigen. Der Herrscherwille Schönerer's scheint wieder einmal den Sieg davongetragen. Aber dieser Sieg dürfte wohl sein letzter sein. Schall und Schönerer scheinen das Gewerbe des Volkshebens gründlich zu verstehen; aber sie sollten nicht vergessen, daß es Gewerbe gibt, deren Ausübung ehelos macht.

**Das Ende des „Experiment“.**

Die Volkszeitung registriert eine Drahtmeldung, welche die Nachricht von der Demission des Kabinetts Waldeck-Rousseau bestätigt und hinzusetzt, daß der Ministerpräsident entschlossen sei, sich von niemand zum Bleiben bestimmen zu lassen. Ueber die Bestätigung des künftigen Kabinetts stehe das heute schon fest, daß es keinen Sozialisten enthalten werde. Willebrand nehme kein Portefeuille darin an. Er wolle mit der Sozialistenpartei, von der er sich nicht lossagen wolle, daß der Versuch der Teilnahme der Sozialisten an der Regierung, der angesichts der schweren Bedrohung der Republik durch die Staatsrechtsparteien vor drei Jahren geboten war, lange genug gedauert und heute keine Berechtigung mehr habe.

Auch in der Petite République behandelt heute Willebrand Richard die Abdankung des Kabinetts als eine vollendete Tatsache. Die Nachricht der Volkszeitung scheint somit über den Wert einer Vermutung hinauszuweisen, und man kann damit rechnen, daß auch Herr Willebrand hauptsächlich auf die Fortdauer seiner Ministerkandidatur verzichtet hat. Willebrand ist nur, daß jetzt, zum Abschied, wieder die allabgeleitete Phrase von dem „Ministerium der republikanischen Verteidigung“ hervorgeholt wird. Nachdem die Amtshaltigkeit der Regierung so ganz und gar jeden republikanischen Geist vermissen ließ, soll jetzt die freiwillige Amisdeputation und deren Motivierung die Fiktion erhärten, daß es sich bei dem ganzen „Experiment“ nur um die Verteidigung der Republik gehandelt habe und daß das Ministerium jetzt getrost abtreten könne, nachdem die Stunde der allgemeinen Gefahr vorüber sei.

Das Kabinet Waldeck-Rousseau wird zum erstenmal in seinem Leben konsequent, indem es Selbstmord verübt. Nicht als sie regierte, hat diese Regierung ihrem Programm Wort gehalten, sondern als sie resignierte. Das ist die wahre Höhe!

**Deutsches Reich.**

**Polen ist noch nicht — verkauft.**

Die neue Polenvorlage ist nunmehr dem preussischen Landtage samt Begründung zugegangen. Das Gesetz verlangt, daß der Staat die Regierung zur Verfügung gestellte Fonds zum Ankauf polnischer Domänen und Grundstücke von 200 Millionen auf 350 Millionen Mark erhöht werde. Bereits 1896 wurden zu diesem Zwecke 100 Millionen zur Verfügung gestellt, und dieser Betrag ist 1898 auf 200 Millionen erhöht worden. Die abermalige Steigerung der Forderung wird allerdings damit begründet, daß der polnische Groß- und Kleingrundbesitz in der Zwischenzeit in steter Zunahme begriffen war. Trotz der künstlichen „Germanisierung“ aus Staatsmitteln hat die deutsche Hand in den letzten fünf Jahren immer noch 31 000 Hektar, also etwa 5,5 Quadratkilometer verloren. Für jeden Geschäftsmann und Politiker, der seine fünf Sinne noch zusammen hat, mußte diese Erfahrung eine Warnung sein, noch weitere Gelder in den polnischen Sumpf zu werfen. Die preussische Regierung verlangt umgekehrt eine abermalige Steigerung des Polenfonds um eine Viertelmilliarde.

Die „Eroberung“ Polens kommt den preussischen Staat teuer zu stehen. Schon sehen die Herren Altpreußen die Zeit voraus, da wir diese Provinzen verlieren werden; und Herr Hoffe hat erst neulich in Leipzig schlandweg verlangt, daß der Polenfonds auf 500 Millionen erhöht werde. Für seine lieben Polen kann Herr Hoffe nichts zu viel sein. Es wird ihn auch nicht genieren, wenn auch diese Unsummen aus den Händen der Anstiftungskommission in die unergänzlichen Taschen der polnischen Großgrundbesitzer wandern, und ihn stört auch nicht die Befürchtung, daß die polnischen Patzonen die preussischen Gelder dem märchenhaften „Polenfonds“ zukommen lassen, der, wie die allwissende preussische Polizei ausbaldowert hat, irgendwo von den polnischen Verschwörern als Kriegsschatz zur gewaltsamen Wiederherstellung Großpolens gesammelt wird.

Das ist die Rechnung von Wreschen, die hier präsentiert wird. Die Germanisierungspolitik mit Polizei, Gendarmen und Justiz kommt dem preussischen Staat verflucht teuer zu stehen. Und dabei ist ein Ende noch gar nicht abzusehen. Herr Hoffe hat bereits mit staatsmännischem Professorenblick vorausgesehen, daß man dabei nicht stehen bleiben dürfe. Er verlangt als Ergänzung der Ankaufspolitik ein Zwangsenteignungsgesetz, das dem preussischen Staate erlaubt, die polnischen Grundbesitzer von der Scholle zu vertreiben, zu expropriieren. Um Polen preussisch zu machen, stellen unsere Altpreußen die Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft, das Privateigentum, in Frage, auch noch das Privateigentum an Grund und Boden, eine Unschicklichkeit, die sonst nur den Sozialdemokraten in die Schuhe geschoben wird. Diese überaus unpopuläre Germanisierungspolitik wird freilich am Ende des Jahres stehen, von dem die preussische Regierung nun bereits eine gute Strecke zurückgelegt hat.

Polen soll gekauft, der polnische Boden verstaatlicht, die polnischen Grundbesitzer sollen landlos gemacht werden. Der preussische Staat soll das Odium der Massenexpropriation der polnischen Expropriateure auf sich nehmen, um das Deutsche Reich in den Ostmarken zu stärken. Wenn diese Politik am Ende dieses Jahres steht, wird den Sozialisten des Zukunftsstaates in den polnischen Provinzen nichts mehr zu thun übrig bleiben. Freilich werden diese dann erst am Anfang des nächsten Jahres

in Berlin, 22. Mai. Die erste Beratung der Polenvorlage ist schon auf die Tagesordnung der ersten Sitzung nach den Ferien, welche für Dienstag mittag um 12 Uhr anberaumt ist, gesetzt worden.

Diese Eile widerspricht allen parlamentarischen Gepflogenheiten. Die freisinnige Zeitung macht darauf aufmerksam, daß es sonst nicht sibihiel sei, schon am ersten Tage nach dem Wiederzusammentritt eine inzwischen eingegangene wichtige Vorlage zur ersten Beratung zu stellen und es dadurch zu erschweren, vorher in den Fraktionen den Gegenstand zu besprechen.

Die zweideutige Haltung der Regierung in der Zuckersteuerfrage soll, wie sich der Hamburger Korrespondent von einem Beschuldigungshofrat aus Berlin berichten läßt, durchaus nicht den Verschleppungsplänen der Agrarier dienen, sondern die nachträgliche Vernehmung der Zuckerinteressenten sei dazu bestimmt, den agrarischen Vorwänden den Boden zu entziehen. Demnach scheint sich die Regierung ihrer Sachverständigen ziemlich sicher zu sein; auffallend bleibt freilich immer noch die Thatsache, daß insbesondere Interessenten des Zuckerkartells in die Kommission zugezogen worden sind. Ob die Geheimräte die Aufgabe haben, die hartgesottenen Zuckerbäuer auf den Weg gültiger Belehrung eines besseren zu überzeugen?

Die englische Presse droht den deutschen Agrariern bereits vernehmlich mit dem Verlust des englischen Marktes, wenn sie ihren Widerstand gegen die Brüsseler Konvention nicht aufgeben sollten. In diesem Falle würde England einen Zoll von 6 bis 7 Schilling pro Centner auf allen Zucker legen, der unter dem Ausfuhrprämienystem produziert worden ist. Eine solche Steuer würde außerdem viel populärer sein, als die in England viel angefeindeten Kornzölle.

Die Agrarier können es sich nun überlegen. Wollen sie die Prämien behalten, so verlieren sie den englischen Markt und noch obendrein das beliebte Argument von den Kornzöllen in England. Ob sie das riskieren werden?

Wegen Vergehens gegen das Urheberrecht verurteilt die Strafkammer des Berliner Landgerichts einen Studenten zu 200 Mark Geldstrafe, weil er eine in einem Privatkolleg Professor Schmöllers gefallene Neuherausgabe Schmöllers über die Stellung der Minister zur Zolltarifvorlage in hektographierter Form verschiedenen Zeitungen gegen Honorar zugesandt hatte. Professor Schmöllers hatte den Strafantrag, wie er vor Gericht ausfragte, im Universitätsinteresse gestellt, um die Festschließung von Neuherausgaben, die im Kolleg gefallen, zu hindern.

Herr Gasse wird diese Verurteilung mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen und höchstens bedauern, daß Kollege Schmöllers den Schutz des Urheberrechts auf Neuherausgaben, die in akademischen Hörnalen gefallen sind, beschränkt hat. Nach den neuerlichen Erfahrungen, die „unser“ Gasse mit dem Vortrag seiner Professorenpolitik in öffentlichen Versammlungen gemacht hat, könnte man es verziehen, wenn er den Schutz des Urheberrechts für seine staatsmännischen Weisheiten überhaupt in Anspruch nehmen möchte. Schließlich ist auch eine Hallsche nationalliberale Versammlung nicht öffentlicher als ein Hallsches Privatissimo in der Universitätskassa.

Warum der Diktaturparagraf erst jetzt aufgehoben worden ist, offenbarte der Kaiser in einer Rede, die er vor der Deputation des Landesparlamentes in Kassel hielt:

Einmal mußte ich erst die Liebe und Treue meine Unterthanen gewinnen und das verständnisvolle Vertrauen meiner Kollegen, der Bundesfürsten, mir erwerben. Zum anderen begegnete mir das Ausland bei meinem Regierungsantritt mit tiefem, wenn auch unbegründetem Mißtrauen, da es voraussetzte, daß ich nach dem Vorber krieglicher Erfolge strebe. Demgegenüber war es meine Aufgabe, das Ausland zu überzeugen, daß der neue deutsche Kaiser und das Reich über Kraft der Erhaltung des Friedens zu widmen gewillt seien. Diese Aufgaben bedurften einer großen Spanne Zeit zu ihrer Bewältigung.

Demnach ist es das ganz besondere Verdienst des Kaiser-Bohrers gewesen, daß der junge Kaiser erst so spät zur Regierung gekommen ist. Wäre dies früher der Fall gewesen, so hätte die Probe auf die Festigkeit des Reichs und die Loyalität der Kaiser schon früher gemacht werden können, und der Diktaturparagraf wäre dann längst aufgehoben worden. Der Kaiser bestätigt, daß der Paragraf in den Verhältnissen des Reichslandes selbst keine Begründung gefunden hat.

Der Gesetzentwurf über die Ausführung des Fleischschaugesetzes ist dem preussischen Abgeordnetenhaus zugegangen.

Der Gesetzentwurf schreibt vor, daß in Preußen Schweine und Wildschweine, deren Fleisch zum Genuß für Menschen verwendet werden soll, in allen Fällen einer amtlichen Untersuchung auf Trichinen unterliegen. Ebenso muß rohes oder zubereitetes Fleisch von Schweinen und Wildschweinen, das aus einem anderen deutschen Bundesstaat in Preußen eingeführt wird, amtlich auf Trichinen untersucht werden, sofern es zum Genuß für Menschen verwendet werden soll und nicht bereits einer amtlichen Trichinenschau unterlegen hat. Ausgenommen hiervon sind ausgeholtes Fleisch, Fleisch in luftdicht verschlossenen Büchsen oder ähnlichen Gefäßen, Würste und sonstige Gemenge aus zerhacktem Fleisch, sowie das zum Meiseverbrauche mitgeführte Fleisch.

In Gemeinden mit Schlachthauszwang unterliegen alle in das öffentliche Schlachthaus gelangenden Schlachttiere vor und nach der Schlachtung einer amtlichen Untersuchung, auch insoweit nach dem Reichsgesetz und den Ausführungsbestimmungen des Bundesrats ein Untersuchungszwang nicht besteht. In Gemeinden mit Schlachthauszwang darf die Schlachtvieh- und Fleischschau im öffentlichen Schlachthaus nur durch approbierte Tierärzte ausgeübt werden. Jedoch können zur Ausführung der Trichinenschau und zur Untersuchung bei der Fennschau auch andere Personen, die nach den hierüber ergehenden besonderen Vorschriften genügende Kenntnisse nachgewiesen haben, zu Beschauern bestellt werden. Auch darf in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern Personen, die nicht die Approbation als Tierarzt besitzen, aber die Befähigung als Fleischbeschauer nach Maßgabe der Ausführungsbestimmungen erlangt haben, mit Genehmigung der Landespolizeibehörde ausnahmsweise die Schlachtvieh- und Fleischschau in den öffentlichen Schlachthäusern übertragen werden.

Für den Verkauf minderwertigen, nur bedingt tauglichen Fleisches sollen in Gemeinden mit Schlachthauszwang besondere Verkaufsstellen, Freisänke, eingerichtet werden. Ausnahmen können für Gemeinden mit weniger als 3000 Einwohnern bewilligt werden. Dieses Fleisch darf nur zum Verbrauch im eigenen Haushalt des Erwerbers oder an besonders konsejionierte Gast-, Schank- und Speisewirte verkauft werden. Auch kann der Verkauf an einen Erwerber auf ein Höchstgewicht pro Tag beschränkt werden.

Schadenersatzansprüche an den Eisenbahnfiskus. Da man heutzutage ja nie wissen kann, wer als nächstes Opfer auf dem Altar der deutschen Eisenbahnverwaltungen blutet, ist es angebracht, die Ergebnisse von Erfahrungsprüfungen aus erlittenen Eisenbahnunfällen zu verfolgen. Vor einiger Zeit erlitt der Berliner Kaufmann M. Vincus einen Eisenbahnunfall, durch dessen Folgen er gezwungen wurde, aus seinem Geschäft auszusteigen. Sein Rechtsbeistand forderte daraufhin die Eisenbahndirektion, in deren Bezirk das Eisenbahnunglück geschah, auf, dem Unfallverletzten eine angemessene Entschädigung zu leisten, entweder eine

einmalige Entschädigung von 250 000 Mk. oder aber eine lebenslängliche Rente von 30 000 Mk. pro Jahr, da sein Klient in dem Jahre, in dem er den Unfall erlitten, einen Reingewinn in dieser Höhe erzielt hatte. Nach genauer Prüfung der Sachlage hat die Eisenbahndirektion einen Schadenersatz in Höhe von 200 000 Mk. geleistet.

Unter den beim Altenbedener Eisenbahnunglück Verletzten beanspruchte ein Kaufmann N., der wahrscheinlich erwerbsunfähig bleiben wird, eine Abfindung von 120 000—150 000 Mk. Ein Herr C. hatte eine Störung des Nervensystems erlitten und verlangte 50 000—60 000 Mark.

Militarismus und Landwirtschaft. Aus Oberhessen wird gemeldet: Einige Offiziere vom großen Generalstab in Berlin, der Provinzialdirektor der Provinz Oberhessen zc. sind in Müddingshausen angekommen, um das Terrain für den Truppenübungsplatz des 18. Armeekorps zu besichtigen und das Enteignungsverfahren einzuleiten. Der Ort Müddingshausen, der circa 750 Seelen zählt, wird infolge dessen vom Erdboden ver schwunden. Die Gemarkung enthält circa 3000 Morgen, die kürzlich erst mit einem Kostenaufwand von 60 000 Mk. vereinigt wurden. Mit Müddingshausen verschwindet auch das im Kreise Marburg liegende 200 Einwohner zählende Wermertshausen.

Nadeliges Wild und häuerliches Korn. Unweit Kottbus befinden sich die dem Gutsbesitzer Rohren unterstellten Kolonien Ruzberg und Karshof, Ansiedlungen kleiner Ackerpächter und Kleinbauern. Begrenzt und eingeschlossen werden diese Pflanzereien von den Reichsgraf Bückler-Brandtschen Waldungen. In diesen befinden sich nun eine derartig große Menge Wild, Rehe, Hasen, Fasanen und Kaninchen, daß den armen Leuten ihr tägliches Getreide vollständig abgefressen wird. Es ist keine Seltenheit, daß 30 und mehr Rehe auf einer Parzelle Hsen. Wägen die Saaten noch so gut aufgehen, an eine Ernte ist große Strecken hin gar nicht zu denken. Der Wildschaden läßt die Leute fast verzweifeln, wenn sie sehen, wie ihre Wähe und Arbeit, ihre paar Pfennige für Saat umsonst weggerworfen sind. Freilich besteht ein Wildschadengesetz. Das lennt aber für durch Bescheldwild (Hasen, Kaninchen zc.) verursachten Schaden überhaupt keine Entschädigung. Auch muß der Schaden innerhalb drei Tagen zur Anzeige gebracht und durch Sachverständige abgeschätzt werden. Hier müßten die Leute fortwährend prozessieren. Dazu haben sie weder Zeit noch Geld. Nicht einmal verzeihen dürfen sie das Wild; ihre Hunde werden von den gräßlichen Jörstern erschossen oder in Fallen gefangen. Vorstellungen beim Grafen Bückler, der gleichzeitig Regierungsassessor ist, sind vergeblich. Am Sonntag hielten die Bewohner eine Versammlung in Karshof ab. Ein Pächter des Rittergutes referierte über den ungeheuren Wildschaden vor ca. 100 anwesenden Landleuten. Reichstagsabgeordneter Antwid überzeugte sich persönlich von den Verwüstungen auf den Feldern, wozu ihn die Geschädigten führten und wobei sie in bewegten Worten ihr Leid klagten. Er empfahl Abendung einer Petition an den Reichstag, um auf diese Weise wenigstens Gelegenheit zu haben, die Sache im Reichstage auszusprechen. Wie zum Hohn hat der Graf einen „Wildbaum“ an einer kurzen Strecke des Waldbrandes errichtet. Es ist ein vielfach niedergeborener 1/2 Meter hoher Drahtbaum, teilweise von einigen Metern Stacheldraht unterbrochen. Einem Besitzer, der zum Schutze seiner Grundstücke einen ordentlichen Wildbaum verlangte, erwiderte der Graf: „Ich was denken Sie denn, der kostet mich ja mehr, als ihr ganzer Roggen wert ist.“

Deutsche Krieger im — Vordell. Vor dem Kriegsgericht der 8. Division in Kiel hatte sich der Vizefeldwebel S. wegen Mißhandlung eines Untergebenen mit der Waffe und Hausfriedensbruchs zu verantworten. Er war mit einem Sergeanten am 17. Februar d. J. in einem öffentlichen Hause in Kiel in Zahlungsstreitigkeiten geraten und aus dem Hause gewiesen worden. Der Feldwebel klemmte aber seinen Fuß zwischen die Haustür und zog sein Seitengewehr. Mit diesem suchte er um sich und drang so wieder in das Haus. Zufällig kam nun ein an der Sache ganz unbeteiligter Obermatrose in den Flur. Raum war er über die Schwelle getreten, so stach ihn der Feldwebel zweimal in den rechten Oberschenkel. Der Obermatrose sagte nun in der denkbar ruhigsten Weise: „Was machen Sie? Sehen Sie sich doch vor!“ Da rief der Feldwebel: „Seien Sie ruhig, oder ich bohre Sie durch und durch.“ Der Obermatrose erhielt dann noch einen Stich in den linken Oberschenkel. Durch das Hinzukommen des Sergeanten und eines Schutzmannes wurde den Thätllichkeiten ein Ende bereitet. Der Obermatrose war infolge der drei Centimeter tiefen Wunden 16 Tage dienstunfähig. Der Vizefeldwebel wollte in Notwehr gehandelt haben. Die Untersuchung ergab jedoch die Unwahrscheinlichkeit dieser Behauptung. Der Vizefeldwebel wurde wegen Mißhandlung eines Untergebenen mit der Waffe und Mißbrauchs der Waffe, Bedrohung mit einem Verbrechen und Hausfriedensbruchs mit nur sieben Wochen Gefängnis bestraft.

Der Kaiser begnadigte den am 1. Oktober v. J. wegen eines in der Trunkenheit in Kiel ausgeführten thätlichen Angriffs zu einem Jahr Gefängnis verurteilten Chinakrieger Obermatrosen St., der in einem Vordell Radou machte und zu dem herbeigeholten Patrouillenfürher sagte: „Gast wohl Angst, feige Memme, daß ich Dir das Messer in den Leib jage!“

Freibier. Eine für Wahlzeiten nicht unwichtige Entscheidung fällt jüngst das Landgericht zu Darmstadt; sie wurde vom Oberlandesgericht bestätigt. Es handelte sich um die namentlich auf dem Lande weit verbreitete Unsitte des Freibierens im Wirtshaus bei Gemeindevahlen. Gelegentlich der Bürgermeisterwahl in Dornheim hatte der Vater eines der Kandidaten bei den Inhabern verschiedener dortiger Wirtshäuser bestellt, daß jedermann auf seine Kosten bis zu der am nächsten Tag stattfindenden Wahl unentgeltlich Speise, Getränke und Diqueure erhalten solle. Da gab's natürlich ein allgemeines Gelage und bedeutende Rechnungen. Einer der Wirte hatte über 600 Mk. zu fordern, die er einlegte, da Zahlung nicht zu erhalten war. Die Klage wurde auf Grund des § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuches abgewiesen. Der Wirt wäre ein Rechtsgefäß eingegangen, das gegen die guten Sitten verstöße.

Damit ist im Arsenal der Wahlkampfswaffen unseres Bürgerthums ein sehr gefährliches Geschäß unbrauchbar gemacht worden.

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Siehe zwei Beilagen.

# Leipziger Genossenschaftsbäckerei, E. G. m. b. H. in Liquid.

## Bekanntmachung.

Nachdem durch Beschluß der Generalversammlung vom 26. Februar 1899 die Genossenschaft am 18. März aufgelöst ist, fordern wir hierdurch unsere ehemaligen Mitglieder auf, bis 31. Mai d. J. ihre Anteilgelder zu erheben. Nicht erhobene sind die Anteile folgender Mitglieder:

Nr. 176 260 330 424 519 735.

Alle bis 31. Mai nicht erhobenen Gelder verfallen und werden, entsprechend dem Beschluss der Generalversammlung vom 18. März 1900, verteilt.

Leipzig, den 5. Mai 1902.

**Die Bevollmächtigten.**  
Heinrich Leenders. Heinrich Lintzmeyer.

# Wahlverein Leipzig-Stadt.

Dienstag den 27. Mai abends 1/2 9 Uhr

## Oeffentliche Versammlung

in den Sälen der Flora, Windmühlenstrasse.

Tagesordnung: 1. Wandlungen in der sozialistischen Theorie und Tattit. Referent: Redakteur Jaekch. 2. Diskussion. 3. Mitteilungen des Vorstandes.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

# Liebertwolkwitz.

Sonnabend den 24. Mai abends 1/2 9 Uhr

## Oeffentliche Einwohner-Versammlung

im Saale des Gasthofs zum schwarzen Roß.

Tagesordnung: 1. Die örtlichen Steuerverhältnisse. Referent: Gemeindevorsteher Otto Molssner. 2. Diskussion.

In Anbetracht der Wichtigkeit des Themas erwarten wir das Erscheinen aller Steuerzahler!

Die Gemeinderatsmitglieder sind schriftlich eingeladen.

# Albert-Theater. Stadt Nürnberg.

Gastspiel des Emil Messthaler Ensembles.

Zu volkstümlichen Preisen:

Donnerstag, Freitag, Sonnabend: Die Macht der Finsternis. Sonntag den 25. Mai (letzte Sonntagsvorführung): Jugend.

Näheres siehe Anschlagtafel.

# Frühlingsparole

für Naturfreunde und Rekonvaleszenten:

Scheibholz, Nonnenholz, Albert-Park, Blumen und Ozon.

Grüne Aue, Schleussig, Admeritz: Bier, Kaffee, Wein.

# Seifartsdorf Gasthaus zur Alm

bei Eisenberg S.-A.

Bringe der werthen Arbeiterschaft, sowie geehrten Arbeitervereinen meine

kollektiven Zur Alm in empfehlende Erinnerung. Schöner Ausflugsort vom

Wohnort Grossen a. b. Elster nach Klosterlausnitz, Hermsdorf etc.

Für Arbeitervereine Vorzugspreise. Essen äußerst billig u. gut.

Zu werthem Besuch ladet freundlichst ein Der Almwirt, Besitzer: H. Jahr.

# Frische Seefische

empfiehlt

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

Reichsstrasse 25.

# Max Engelhardt

Stötteritz, Arnoldstrasse 23, neben der Post

Weiss-, Woll- und Schnittwarenhandlung

empfiehlt sein reichhaltiges Lager in Tricotagen, Strümpfen, Handschuhen, Herren-

u. Damenwäsche, Siderien, Wertschafts- u. Tändelschürzen, Chemisettes,

Arten, Manschetten u. Krawatten. Sämtliche Schneiderarbeiten, Schneiderinnen

erhalten Rabatt. Anfertigungen nach Maß in kürzester Zeit. Großes Lager in Wasch-

tüchern u. Keitern zu billigen Preisen. Waschschürzen für Frauen u. Kinder.

# Marienbad

L.-Neuschönefeld

Eisenbahnstrasse 66

Telephon: Nr. 346.

Dampfbäder, russ., röm.-irische Voll- u. Zellbäd.

Einpackungen, Spezialkurform, anerkannt vorz.

Massage, 1-4 Uhr nachm. nur für Damen.

Schwimmbassin 20°, kristallklares Wasser,

Montag, Mittw., Sonnab. v. 2-1/2 5 Uhr nachm.

Dienst, Donnerst., Freit. v. 1/2 9-11 Uhr vorm.

Montag abends v. 1/2 8-9 Uhr: nur für Damen.

Wannent. I. u. II. Kl. f. Dam. u. Herr. j. jed. Tagesz.

# Ausflüge

unternimmt und arrangiert man nach

dem Arbeiterführer für Leipzig

u. Umgegend. Preis ohne Plan 30 Pfg.,

mit Plan 50 Pfg. Zu beziehen durch

alle Kolportage, die Volksbuchhandlung

und den Verlag Rich. Lipski,

Leipzig, Bange Strasse 27.

# Marca Italia

vorzügl. Tischwein

à Flasche 80 Pfennige

Oskar Steinbach

Anger, Breite Strasse.

Barth, Anrepstrasse 24. Gebe-

re, f. d. B. 1.50, f. d. B. 1.25,

Tragkörbe mit Bändern Nr. 3.-.

# Reudnitzer Schuhhaus

vis-à-vis Schlosskeller

Fabrikat Gotthard Enke, Zwenkau

empfiehlt sämtliche Schuhwaren. — Verkauf von nur reeller

dauerhafter Ware nach dem Grundsatz: Grosser Umsatz — wenig Nutzen.

! Zur gef. Beachtung! Auf die auf jeder Sohle gestempelten billigen Preise

! gewähre den geehrten Abonnenten der Volksztg. noch 5% Extra-Rabatt!

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Jaekch in Leipzig. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

**Reparatur-Werkstatt**  
für Nähmaschinen aller Systeme  
Singer Co. Nähmasch.-Akt.-Ges.  
(Frühere Firma: G. Neidlinger)  
Leipzig, Augustusplatz 1.

Grösstes und ältestes [6839  
Nähmaschinen-Geschäft Deutschlands.

Auf der Pariser Weltausstellung wurde  
den Original-Singer-Maschinen der  
Grand Prix, der höchste Preis der  
Ausstellung, zuerkannt.

**Zur gef. Beachtung!**  
Alle von anderen Nähmaschinen-  
geschäften unter dem Namen „Singer“  
angebotenen Maschinen sind einem  
unserer älteren Systeme nachge-  
baut, welches hinter unseren neueren  
Systemen von Familien-Maschinen  
in Konstruktion, Leistungsfähigkeit und  
Dauer weit zurücksteht.

**300 Stück Uhren**  
für Arbeiter passend, solide Werke, gute  
Gehäuse, Stück 7 und 8 Mt., verkauft  
unter Garantie für guten Gang  
Uhrmacher Hille, Reichstr. 19.

Reparaturen werden nur gut und  
billig ausgeführt. [4807  
Leser dieser Zeitung erhalten auf meine  
billigen Preise noch 10 Prozent Rabatt.

**Gartengeräte.**  
Sägen, Beile, Hobel  
Wasserwagen.  
Spitz- u. Radehacken.  
Schanfeln und Spaten.  
Verz. Drahtgeflechte.

Werkzeuge für Maurer  
Zimmerer, Tischler, Schlosser.

**Möbel- und  
Baubeschläge.**

**Alwin Richter**  
Eisenwarenhandlung

Reudnitz, Dresdener Str. 36

nah am Rathaus. [791

**Briquet, Marke „Prehlitz“.**  
1 Centner vom Lager Mt. 0.62  
1 Centner frei Haus Mt. 0.75  
10 Centner frei Haus Mt. 6.50

**Cigarren, Cigaretten**  
und Tabak empfiehlt [5727  
E. Kriebler, 2. Plagwitz  
Bismarckstrasse 50.

NB. Abonnements auf die Volkszeitung  
werden jederzeit entgegen genommen.

**Fahrrad-  
Mechaniker Trenz**

Zeltzer Str. 31 — Eisenbahnstr. 31  
repariert, vernimmt, emailliert  
Fahrräder aller Fabrikate u. liefert  
alle Ersatzteile nachgemäss und billigst.

**Neue Fahrräder von 110 Mt.**  
an unter Garantie. [2858  
Luftschluche von 3.75 Mt. an.  
Laufdecken von 6.25 Mt. an.  
Glocken von 80 Pfg.  
Lampen von 1.25 Mt. an.

Seit 12 Jahren grösste, beste u.  
billigste Reparatur-Werkstatt.

**Sofort darauf zu warten.**  
Herrensohlen u. Abfahlfede v. 1.90 an  
Damensohlen u. Abfahlfede v. 1.50 an  
Kinder- u. Abfahlfede v. 0.80-1.50  
Flickerei, Schuhveränd. schnell, gut, billig  
Gummihüte 1.-.  
Dampfschnellschleifer Münzgasse 7.

**Billige Seefische** morgen früh  
entreefen!  
Schellfisch, Cablian & Rfimb 15 bis 20 Pfg.  
O. C. Matthes [4870  
Lindenu, Merseburger Strasse 68.

# Für den Garten.

Sämereien, Knollen, Stauden,  
Rosen, hochstämmig und niedrig,  
Beerensträucher u. Gemüsepflanzen  
empfehlen in vorzüglichen Qualitäten zu  
billigsten Preisen [3066

**Pabst & Kunert**  
Leipzig, Windmühlenstr. 23.

**Musikinstrumente:** Geigen  
Cromporen  
Zithern

Flöten, Trommeln, Accordions  
Bandoneons, Suttarren, Man-  
dolinen u. Blechbl. Geigenfart.:  
Phol.-Alt. u. Bierhumpen u. Pul-  
polyphons. Noten. Kl. Sort.  
Automat.-Phonograph. (A. 12).  
Pianos. Leichte Zahlungs-  
bed. für alle  
in. Ruben.  
Burgstrasse 25 (neb. b. Zöllr. Hof).

**Monatsgarderobe.**  
J. Kindermann, Salzgraben 9, 1.  
am Markt u. Rathaus. [3857  
Empfehle in reicher Auswahl allerersten  
Freihabers-Paletots, komplette Anzüge,  
alle Ragons u. Weiten. Eleg. Frack u.  
Gesellschaftsanzüge, auch feine.

**Radfahrer sollten wissen,**  
daß sie Fahrräder und Zubehörteile  
wirklich konkurrenzlos nur im

**Leipziger Fahrradhaus**  
Sebastian Bach-Str. 32  
kaufen. [3857

Versand nach ausserhalb. Proletenrat grat.  
Reelle Ware.  
Grosser Umsatz.  
Kleiner Nutzen.

**Gardinen,** Blandruck u. von Stud  
u. Vester, Barocke,  
a. b. Leipzig, Baumvol-  
weberel, f. Bl. u. 6% Rab. Anna Lewinsky,  
Lindenu, Merseburger u. Weststr. 1. 18.

**Hermann Baumann**  
2 Südstrasse 2  
macht Freunde u. Genossen auf feinebilligen  
solb gefertigten Arbeits-Anzüge, Knaben-  
Anzüge, Schuhe u. Stiefel aufmerksam.

**Gaudeamus**  
4 Pfg.-Cigarre, 10 St. 26 Pfg.

**Oskar Steinbach**  
Anger, Breite Strasse.

**Schwitzer** für Herren  
und Knaben  
gibt billig ab die Fabrik. [3868  
Weststrasse 67. pt.

Ia. Nähmaschinen Mt. 65.  
Ia. Bringmaschinen Mt. 14-20.  
Waffenborfer Str. 13

**Fahrräder-Sommerlatte.**  
Altes Gold kauft höchst. Preisen  
Uhrmacher Becker,  
Markt, Steinweg 34.

**Gummiharen**  
zur Boden- u. Krankepflege.  
Karl Klose, Leipzig 40, Brühl 5.  
Daupt-Preisliste vers. geg. 20 Pfg. Karte.  
Damen finden separate Frauenbedienang.

**Damenbinden**  
Gummiharen für Massage, Boden-  
u. Krankepflege. [3110  
Gähneraugenobel. Goldfäden für  
gebundene Kinder. Preisliste 30 Pfg.  
Frau Auguste Graf, Nikolaiftrasse 4.

# Beinleiden

Krampfader-Geschwüre  
und [4797  
Salzfluß  
Behandelt  
ohne Operation u. ohne  
Berufshörung

**Falbe's Institut**  
für Weintraube  
Leipzig, Ederstrasse 13  
Sprechst.: Dienstag  
u. Freitag 9 bis 5 Uhr  
Sonntag 9 bis 1 Uhr.  
Auswärts brieflich.

Viele beglaubigte Dopfschreiben.



(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Noch ein Stücklein über Flugblattverbreitung. Zur Zeit der Reichstagswahl im vorigen Jahr verteilten in verschiedenen Orten des Rheinlandes an Sonntag eine sozialdemokratische Arbeiter die Flugblätter „Zur Reichstagswahl“ und „Die Bestenung des Hungers“.

Die Strafkammer in Wiesbaden sprach sie frei. In der interessanten Begründung wird ausgeführt, daß es dahingestellt werden könnte, ob die Tätigkeit der Angeklagten als Arbeit im Sinne der fraglichen Verordnung aufzufassen sei, jedenfalls aber sei, um den Tatbestand des § 1 der Verordnung zu erfüllen, erforderlich, daß die Tätigkeit geeignet sei, das religiöse Gefühl der Allgemeinheit zu verletzen.

Wie der ultramontane Nassauer Bote meldet, wurde als Kandidat für den Reichstags- wie den Landtagswahlkreis Montabaur Dr. jur. Dahlem aus Oberstein a. d. Nahe aufgestellt.

Der Anarchistenschrecken war bei der diesmaligen Anwesenheit des Kaisers bei unseren Staats- und städtischen Behörden noch viel größer als in früheren Jahren. Infolge dessen waren auch die Sicherheitsmaßregeln nach jeder Richtung hin verschärft worden.

Recht eigenartige sozialpolitische Grundzüge hat die bayerische Forstverwaltung. Bei der Beratung des Forstgesetzes teilte heute ein Abgeordneter mit, daß

die Waldarbeiter zwei Prozent ihres verdienten Lohnes an die sogenannten Kollmeister entrichten müssen dafür, daß ihnen von diesen der Lohn am Arbeitsort ausbezahlt wird.

Die Wahlverteilung wurde durch die Wahlverteilungskommission entschieden. Dieser bestätigt alles, was bisher über die größten Wahlbeeinflussungen des Landrats verlautet hat.

Rußland.

Aus dem Anstaltsgebiete.

Die Mitteilungen verschiedener Genossen aus dem Anstaltsgebiete lassen das folgende Bild über die Bauernbewegung erkennen. Die Bewegung, die ihren Anfang in dem Kreise Kostantinograd des Gouvernements Poltawa genommen hat, griff mit großer Schnelligkeit auf verschiedene Kreise des Gouvernements Charkow über und dehnte sich bald auf das ganze Gouvernement aus.

benommen haben; dafür ist er aber auch bereits seines Amtes enthoben worden.

Die Fenster haben ihr Werk vollbracht. Die halb verhungerten Bauern vermochten nicht, wie es anders nicht zu erwarten war, dem Anbruch der Bajonette und Knuten zu widerstehen, und glücklich lächelnd dankbar, reichten die Fenster sich die Hände zum Dank und Segendank.

Am heutigen Tage habe ich vom Gouverneur des Gouvernements Charkow von der Station Skolokal das folgende Telegramm erhalten:

Spreche Ew. Excellenz meinen Dank für die Auslieferung der fünf und unermüdbaren 4. Sotnja mit ihrem festen Kommandierenden aus, deren Beweglichkeit und Unternehmungsgestalt es zu verdanken ist, daß einige Götter getötet sind und auf die Bevölkerung der gebührende Eindruck ausgeübt worden ist.

Zu welchem Zweck das Volk gedrückt wird, kann wohl kaum besser charakterisiert werden, als durch das obige gegenfällige Urworte aller dieser Knechtensfürsten, Generallieutenants und Obersten.

Schweden.

Ausperrungen wegen des Wahlrechtsstreites.

Aus Stockholm wird dem Bortviks gemeldet: Der Wahlrechtskampf in Schweden hat vereinzelte Unternehmungen zu Repressalien-Vorfällen veranlaßt.

Das ausführende Komitee. Branting, Lindgrist, Wikmann.

Italien.

Die Camera in Neapel.

Mit der Vorflegung der Korruption in der Stadtverwaltung zu Neapel, über die seiner Zeit ausführlich berichtet wurde, war die Reinigungsarbeit durchaus noch nicht beendet.

Der Krieg in Südafrika.

In Pretoria.

Pretoria, 21. Mai. (Reuters Bureau.) Sechs von der Konferenz in Bereeniging gewählte Delegierte, darunter Wit-

Kleine Chronik.

Leipzig, 22. Mai.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater gelangt am Freitag Goethes Egmont zur Aufführung.

Im Alten Theater wird Freitag und Sonnabend die Operette Wiener Blut wiederholt.

Für den Sonntag ist das Repertoire wie folgt entworfen: Im Neuen Theater findet eine Aufführung der Oper Oberon statt; im Alten Theater ist Johann Strauß' Operette Wiener Blut angelegt.

Die Abonnenten werden darauf aufmerksam gemacht, daß ihnen nach bis Sonnabend 3 Uhr nachmittags das Vorkaufrecht nach Maßgabe der vorhandenen Plätze für die am 28. Mai bei aufgehobenem Abonnement und zum Besten des Pensionsfonds des Leipziger Stadttheaters stattfindende Abschiedsvorstellung der Frau Emma Baumann Die lustigen Weiber von Windsor, in welcher Herr Königl. Hofopernsänger Ernst Wachter von der Königl. Hofoper in Dresden den Falstaff singt, zusteht.

Abschiedsvorstellung für Frau Baumann. Nach einer der Direktion des Stadttheaters von Frau Baumann aus Wiesbaden zugegangenen brieflichen Mitteilung wünscht die Künstlerin, den ihr von der Direktion des Stadttheaters angebotenen „Ehrenabend“ als Abschiedsvorstellung bezeichnet zu sehen, da die Möglichkeit vorliegt, daß ein soeben von auswärts an sie herangekommener, glänzender Anerbieten als Lehrerin in von Leipzig entferne.

Des Ueberbretts Ende. Aus Berlin, 21. Mai, wird uns berichtet: Ernst v. Wolzogen, der verantwortliche Urheber der Ueberbrettelei, verläßt heute die Welt, daß er sich entschlossen habe, von der Leitung seines Establishments zurückzutreten.

lichen Kulturarbeit“ erworben habe und bildet die Schuld an dem nicht mehr wegzuleugnenden Manko seines Unternehmens der Presse auf, die ihn ungenügend behandelt habe.

Wenn die Presse das Publikum, das den Vorstellungen des Herrn v. Wolzogen anfangs beifällig in hellen Haufen zuströmte, tatsächlich über den wahren Wert der Ueberbrettelei aufgeklärt haben sollte, so wäre das ein Resultat, mit dem sie immerhin zufrieden sein könnte.

Es ist nach alledem ein Glück, daß der direktoriale Diszontantismus des Herrn v. Wolzogen der Sache ein so frühes Ende bereitet hat.

Ein Jugendwert Grillparzers, das bisher noch nie aufgeführt worden ist, Blanka von Kastilien, wurde durch das Berliner Schauspiel im Schillertheater zu Kiel in einer Bearbeitung des Direktors Paul Anjemann zur Aufführung gebracht und hielt, wie berichtet wird, bis zur letzten Scene das lebhafteste Interesse des Publikums wach, das sich in den wärmsten Beifalls- und Jubelstürmen äußerte.

Grillparzerische Jüge in Charakteristik und Sprache. Freilich steht es noch ganz unter dem Einfluß Schillers — einigen Szenen sind direkt Kopien aus Maria Stuart und aus der Braut von Messina.

Neue Studentenaufführungen. Der nicht mehr zu verlassende künstlerische Mißerfolg der Leipziger Studentenaufführung scheint rasch vergessen werden zu wollen.

Gabriele d'Annunzio sollte kurz vor Pfingsten in Triest im Teatro comunale einen Vortrag über Verdi abhalten.

Dem Leiter der Deutschen Uhrmacherschule in Glashütte, Direktor L. Straffer, ist, wie die Leipziger Uhrmacherschule, vom König von Sachsen der Titel „Professor“ verliehen worden.

Der Grundstein zu dem Festspielhause auf dem Hügel bei Dairauth wurde heute vor 30 Jahren, am 22. Mai 1872, dem 50. Geburtstag Wagners, gelegt.

glieder der beiden Regierungen, nebst Delarey, Dewel und acht Sekretären sind am Sonntag hier angekommen. Sie wohnen in dem Hause neben dem Hause Kitchners und Willners, die gestern hier eingetroffen sind.

**Aus Sachsen und den Nachbargebieten.**

**Dresden, 21. Mai.** Die Verneuerung der Straßenbahnunfälle von 326 (darunter 7 tödliche) im Jahre 1899 auf 461 (darunter 14 tödliche) im Jahre 1900 veranlaßte die Stadtverordneten, eine Abänderung der Betriebsordnung und namentlich eine Minderung der Fahrgeschwindigkeit zu verlangen. Der zu diesem Zweck eingesetzte Ausschuss hat dieser Tage seine Arbeit beendet, so daß die Stadtverordneten wohl schon in einer der nächsten Sitzungen eine neue Betriebsordnung annehmen werden. Bei dieser Gelegenheit wird auch für die überlasteten Straßenbahnen eine kleine Verbesserung in bezug auf die Dauer der Fahrten, Selbstverständlich geschieht die Verkürzung der Arbeitszeit nicht aus Arbeiterfürsorge — wer unsere antilebenskonservative Stadtverordnetenmehrheit kennt, weiß, daß diese von sozialen Rücksichten nicht angeleitet ist — sondern allein aus der Erwägung, daß durch die Übermüdung der Wagenführer die Unfallgefahr steigt. Das Höchstmaß der Arbeitszeit ist deshalb von 14 auf 12 Stunden herabgesetzt worden — allerdings unter Zulassung von Ausnahmen. Ferner ist eine Mindestruhezeit von 8 Stunden eingeführt worden. Da die Dienstregelung auch für die Straßenbahnen anderer Städte von Interesse ist, so mag hier der betreffende Paragraph angeführt werden:

§ 5. Die Beschäftigung von Angestellten oder Bediensteten als Motorwagenführer oder Signalwärter darf während eines Zeitraumes von drei Wochen nicht mehr als 200 Stunden, während eines und desselben Tages ohne mindestens zweistündige Zwischenpause nicht mehr als 10 Stunden, bei Gewährung einer derartigen Pause aber auch nicht mehr als 12 Stunden betragen. Nur einmal innerhalb je 7 Tagen ist die Erhöhung der Dienstzeit auf 14 Stunden zulässig. Der ganze Tagesdienst soll nur von einer Pause unterbrochen werden; auch muß ihm eine geschlossene Ruhezeit von mindestens acht Stunden folgen. Im Dienstpläne sind die Zeiten vor und nach dem eigentlichen Fahrdienste, während deren das Personal zur Stelle sein muß, mit aufzuführen. Pausen von einer halben Stunde und weniger sind als Dienstzeit zu rechnen. Den Führern und Signalwärtlern sind innerhalb drei Wochen drei Dienstpausen von mindestens je 28 Stunden zu gewähren.

Vorschriften über die Beschäftigungsdauer des übrigen Betriebspersonals bleiben vorbehalten.

Befehle der Ausschüsse etwas sozialpolitisches Verständnis, so hätte er die mageren Dienstleistungen auch dem übrigen Personal zukommen lassen.

Der Rat befreit übrigens die Zunahme der Unfälle. Nach seiner Darstellung sei das Straßenbahnnetz vom 1. August 1899 zum 1. August 1900 von 41 Kilometern auf 92 Kilometer gewachsen. Auf 100 Wagenkilometer berechnet, habe sich die Unfallziffer im Jahresvergleich um 3,43 auf 3,15 vermindert. Die meisten Unfälle kämen in den Straßen vor, in denen der elektrische Betrieb erst kürzlich eingeführt sei.

Kurios ist die Bestimmung, daß „das Ueberholen königlich und prinzipiell verboten, dessen Folge in voller Fahrt begriffen sind, verboten“ ist.

**ee. Markneukirchen, 21. Mai.** In welcher Weise sich eine Krankenkasse entwickelt, wenn sie eines sachverständigen Einflusses der Arbeiter entbehrt, das zeigt recht deutlich die hiesige Ortskrankenkasse. Nach dem Rechnungsabschluss für das letzte Jahr hat die Kasse an drei Kassenzinsen circa 9000 Mk. für ärztliche Behandlung, jedoch nur circa 6000 Mk. für Krankengelder an Mitglieder ausgezahlt. Vetteres ist natürlich nicht auf die gute Gesundheit der Mitglieder, sondern auf die mangelhaften Bestimmungen des Statuts zurückzuführen. Ein angestellter Kassensbote, der seine ganze Arbeitskraft der Kasse widmen muß, erhielt sage und schreibe 500 Mk. Gehalt. Bei der letzten Generalversammlung der Kassenzinsen erwangen erstmalig die organisierten Arbeiter die Mehrheit, worüber in den gegnerischen Kreisen nicht geringe Aufregung herrscht. Unsere Genossen haben bereits eine Änderung des Kassensatzes eingeleitet. Insbesondere aber wollen sie die Arztgehonorare etwas beschränken und an Stelle der vollen Bezahlung der nach der Medizinaltaxe aufgestellten Liquidationen einen Pauschalbetrag setzen.

**Kleine Nachrichten aus dem Lande.** Zu einer Lokomotiv-Entgleisung kam es am zweiten Feiertage auf dem Bahnhof zu Bergschleibitz, als abends 7 Uhr 4 Minuten der Personenzug seine Fahrt nach Pirna antreten wollte. Wie erzählt wird, sollen Kinder ein Steinchen an einer Weiche, wo sie gespielt hatten, haben liegen lassen, wodurch die Entgleisung der Lokomotive herbeigeführt wurde. Es mußte eine Hilfsmaschine aus Pirna herbeigerufen werden, worauf dann der Zug mit einiger Verspätung befördert wurde. Er war sehr stark besetzt, u. a. hatten auch viele der wendlichen Passagiere darin Platz genommen. Glücklicherweise lief der Zwischenfall ohne weitere Folgen ab. — In Chemnitz stürzte sich in der Sonnabend Nacht ein 15-jähriger Bäckerlehrling in selbstmörderischer Absicht von der Brücke der Rahnberganbahn auf die darunter befindliche Fabrikstraße und erlitt einen Bruch des rechten Unterschenkels und eine Verletzung am Hinterkopfe. — Bei den Wasserleitungsarbeiten, die zur Zeit in Adorf ausgeführt werden, ist letzten Sonnabend vormittag der Handarbeiter Grösel aus Leubetha verunglückt und als Leiche hervorgezogen worden. Ein anderer, in der Nähe beschäftigter Arbeiter wurde leicht verletzt.

**Rudolstadt, 22. Mai.** Schaffers Bureau meldet: Seitens thüringischer Regierungen wird, wie zuverlässig gemeldet wird, ein gemeinsames Vorgehen erfolgen, um gegen die beachtliche Ueberschreitung der bisherigen Matrizenbeiträge bei der Reichsregierung Stellung zu nehmen.

**Magdeburg, 21. Mai.** Am 26. Februar hatte sich der Amtsvorsteher von Westerbüßen bekanntlich erlaubt, ein Verbot einer Versammlung wegen ihrer Wichtigkeit anzunehmen, welchen Erlaß der Landrat v. Mikusch als berechtigt anerkannt hatte. Der Amtsvorsteher hatte die Versammlung untersagt, weil sie in der Volksstimmung als eine „wichtige“ gekennzeichnet war, und der Herr Landrat hatte die Idee, die Beschränkung zurückzuweisen, weil die angemeldete Versammlung gar nicht verboten gewesen sei, sondern eine — andere, obwohl es in dem Ufss des Amtsvorstehers ausdrücklich gelautet hatte, die angemeldete Versammlung sei untersagt. Der Einberufer der Versammlung hatte bei dem Regierungspräsidenten Beschwerde geführt, die für beendet erklärt wurde. „Wenn auch,“ heißt es in der Verfügung des Regierungspräsidenten, „der Amtsvorsteher zu der Annahme gelangte, daß die in der Volksstimmung angekündigte „wichtige Versammlung“ eine andere war, als die angemeldete „öffentliche Versammlung der Gemeindevertreterwähler der 3. Wählerklasse“, so durfte er doch die erstere Versammlung — und nur gegen diese war seine Verfügung gerichtet — nicht vorher verbieten, sondern es war nach § 5 des Vereinsgesetzes lediglich die Auflösung zulässig, wenn die Bescheinigung der erfolgten Anzeige nicht vorgelegt werden konnte. Die beteiligten Behörden sind hierüber in Kenntnis gesetzt.“

**Soziale Rundschau.**  
**Folkswirtschaftliches.**

„Ein Jahr des Schreckens“, so nennt, freilich nur in Bezug auf das Vorkleben, der Jahresbericht der Frankfurter Handelskammer das Jahr 1901. „Mit großen Hoffnungen hatte man es nicht begonnen; — die schlechten Aussichten in der Industrie ließen auch an der Börse ein lebhaftes Geschäft nicht aufkommen, man wartete auf Zeichen der Besserung, aber die Aussichten wurden immer düsterer — der Zusammenbruch verschiedener Banken in Sachsen, insbesondere die Katastrophe der Leipziger Bank, hatte ein herabsetzendes Mißtrauen zur Folge, wie es seit der Krise der 70er Jahre nicht vorgekommen war. Die Diskonture waren plötzlich vom Erdboden verschwunden, Käufer von Wertpapieren, selbst bester Qualität, hielten sich vollständig vom Markt fern, und es vergingen viele hange Wochen für die Bankwelt.“

Für die Arbeiterschaft ist die Krise der Schreckensjahre überhaupt unergreifbar — solange der Kapitalismus herrscht. Und es ist ein anderer Schrecken, wenn der Lohn fällt, als wenn die Papierkassen fallen.

**Alkoholistisches aus Bayern.** Im Königreich Bayern waren am 31. Dezember 1901 nach den Mitteilungen des Statistischen Bureau 39181 (375 mehr als 1900) Wirtschaften vorhanden. In Mittelfranken stieg die Zahl der Schankstellen von 6249 auf 6824; von diesen 76 neuen Wirtschaften treffen auf Nürnberg 49, Fürth 10, Erlangen 3, Schwabach 2, Hofburg 1. — Die Zahl der Schnapsbänke stieg von 4195 auf 4240 überhaupt und von 681 auf 687 in Mittelfranken. Von diesen sechs neuen Schnapsauschankstellen sind vier in Fürth.

**Sozialpolitisches.**

**Kommunale Sozialreform.** Der Pforsheimer Stadtrat berief kürzlich die städtischen Arbeiter zur Wahl eines Arbeiterausschusses. Von den etwa 400 städtischen Arbeitern durften nur circa 60 wählen. Das haben die städtischen Räte dadurch fertig gebracht, daß sie sagten, ein Wahlrecht kann nur der Arbeiter ausüben, der drei Jahre lang ununterbrochen in städtischem Betrieb und immer bei demselben Ressort beschäftigt ist. Dieser Wahlmodus hat z. B. im Schlachthaus bewirkt, daß nur zwei Mann wählen konnten; dieses Ressort hat aber auch zwei Vertreter in den Arbeiterausschuss zu schicken, also mußten die beiden Wähler einander selbst wählen. Das war den städtischen Arbeitern nun doch zu bunt, und sie proklamierten den Wahlstreik. Der Stadtrat will deshalb ein „Statut ausarbeiten“, das eine Nuance weniger arbeitersindlich ist.

**Der Submissionsunfall.** Bei der Verbindung der Arbeiten zum Aufnehmen von 2400 Quadratmeter altem, und Herstellung von 7100 Quadratmeter neuem Pflaster auf dem Bahnhof in Reusmünster betrug die höchste Forderung 12695 Mk., die niedrigste 8732,80 Mk. Letzteres Angebot ist von einem Lübecker Unternehmer eingereicht worden, der denn auch den Zuschlag erhielt.

**Gewerkschaftliches.**

**Arbeitslosenunterstützung.** Nach eingehender Debatte wurde von der in Braunschweig tagenden Generalversammlung des Centralvereins deutscher Vötker die Einführung der obligatorischen Arbeitslosenunterstützung mit 23 gegen 11 Stimmen beschlossen.

**Wer andere an freiwilliger Arbeit hindert...** Folgendes Schreiben des Arbeitgeberverbandes aus Potsdam, welches an sämtliche Kolberger Baugeschäfte geschickt worden ist, fiel unseren Genossen in die Hände:

An die verehrlichen Vorstände des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe! Die hiesigen Maurergesellen haben heute die Arbeit niedergelegt, wir bitten Sie höflichst, die Mitglieder ihres Verbandes hierüber in Kenntnis zu setzen, damit die aus Potsdam und Umgebung kommenden Gesellen nicht in Arbeit gestellt werden; solche, die bereits eingestellt, wieder zu entlassen.

**Arbeiterstand.** In Terrasa (Barcelona) ist ein allgemeiner Ausstand der Weber ausgebrochen. 8000 Mann haben die Arbeit niedergelegt. Die Arbeitgeber wetzen sich, nachzugeben.

**Gerichtssaal.**

**Landgericht.**

Leipzig, 22. Mai.

**Unehrlischer Freundschaftsdienst.** Im Oktober v. J. beschwor der frühere Mechaniker und jetzige Maschinenreißende Gustav Alfred Luge hier vor dem Amtsgericht, daß er mit einer gewissen K., die sich inzwischen nach Wahren verheiratet hat, am 4. März 1900 geschlechtlich verkehrt habe, um seinen Freund, der die K. geschwängert hatte, vor der Alimentenzahlung zu schützen. Es ist aber der K. gelungen nachzuweisen, daß Luge thatsächlich einen Fallscheid geleistet hat. Sie kannte den Luge gar nicht, und als sie schon verheiratet war, kam er eines Tages, um ihr eine Nähmaschine zu verkaufen; nach ihrer Meinung aber, um sie kennen zu lernen und dann entsprechende Aussagen machen zu können. Luge hatte sich nun wegen des Fallscheides vor der 3. Strafkammer zu verantworten. Er giebt nun auf Verfragen zu, daß er am 3. März 1900 von Berlin nach Leipzig gekommen wäre und am folgenden Tag hier in Arbeit getreten. Am Abend wäre er dann nach dem Schlosskeller in Reudnitz zum Tanz, und dort wäre er mit der K. zusammengekommen. In der heutigen Verhandlung will er sich freilich nicht mehr genau auf die K. besinnen können. Das Gericht beurteilt Luge mit Rücksicht auf die große Fahrlässigkeit des Eides zu zehn Wochen Gefängnis, die durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurde.

**Gemeinde-Zeitung.**

**Stötteritz.** In der gestern stattgefundenen Gemeinderatsversammlung stand die Wahl des Gemeindevorstandes auf der Tagesordnung. Ein Antrag, die Stelle auszuscheiden, der vom Hausbesitzerverein eingebracht und von den unangewählten Vertretern unterstützt worden war, wurde abgelehnt. Bei der Abstimmung erlitten Lehrer Lehmann 8, Kassierer Hlmg 3, Paulherr 1 Stimme. Ein Fettel war unbeschrieben. Somit ist Lehmann zum Gemeindevorstand gewählt.

Lehmann war bekanntlich bis vor einigen Wochen Mitglied des Gemeinderats und Vorsitzender des Schulausschusses in Stötteritz. Er war der eifrigste Befürworter der Errichtung einer Bürger-Schule. Ein dahingehender Beschluß wurde aber nach einer Protesteingabe unserer dortigen Genossen von der Oberbehörde nicht bestätigt, weil ein Bedürfnis dazu nicht vorhanden sei. Von der Bezirkschulinspektion Leipzig I aber wurde Lehmann die — übrigens bis dahin nicht nachgefragte — Genehmigung zur Annahme der Wahl vereine und Versammlungen.

**Mitgliederversammlung der Kürchner (Zillische Röhre).** Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattete die Lohnkommission Bericht. Sodann wurde das Verhalten der Kollegen schärft kritisiert, die am 1. Mai gearbeitet haben, obgleich sie für vollständige Arbeitsruhe gestimmt hatten. Den Kollegen, die Kenner besteuerten, wurden diese abgenommen. Die folgenden Punkte konnten wegen vorgerückter Zeit nicht mehr erledigt werden. Anwesend waren circa 100 Mitglieder.

**Leipziger Angelegenheiten.**

Leipzig, 22. Mai.

**Ueber die allgemeine wirtschaftliche Lage** finden sich in dem jüngst erschienenen Bericht der Leipziger Gewerbelammer recht bemerkenswerte Angaben. Fast in allen Gewerbezweigen wird für das Jahr 1901 über schlechten Geschäftsgang, gedrückte Lage und allgemeine ungünstige Verhältnisse getagt. Ausnahmen hiervon machen nur das Schornsteingewerbe, das mit einem allgemein zufriedensstellenden Geschäftsgang rechnen konnte und das Grabergewerbe, in dem die Geschäftslage als günstig bezeichnet wird. Dagegen wird von sämtlichen übrigen Gewerben nur ungünstiges berichtet.

Im Steinmetzgewerbe war nur die Hälfte der hiesigen Gesellen im Berichtsjahre thätig gewesen. Die Verwendung billigerer Surrogate, sogenannte Kunststeine, nahm zu; es wurden auch viel fertige Arbeiter eingeführt, weil die Lohnsätze in den Bruchbezirken wesentlich geringer waren als früher.

Zur Klempnereigewerbe liegt nach dem Bericht der Gewerbelammer der Grund des verminderten Gewinnes auch darin, daß durch die Handwerker selbst in vielen Fällen gegenseitige Unterbietungen erfolgten.

Der Geschäftsgang im Sattlergewerbe ging nicht allein bezüglich der Werkstattarbeiten schleppend und langsam, sondern auch der Verkauf der Erzeugnisse und Handelsartikel in den mit den Betrieben verbundenen Läden. Mehrere Besitzer von Luxusfuhrwerken haben ihre Equipagen abgeschrieben, eine Maßnahme, die wohl lediglich auf die Leipziger Finanzkrise zurückzuführen ist.

Die Jahresbilanz im Fleischergewerbe soll als eine der schlechtesten betrachtet werden können. Es heißt in dem Bericht: Mangels eines genügenden Auftriebs behaupteten sich die Preise für Rinder, Kälber und Hammel, namentlich und in der Hauptsache aber bei Schweinen, in abnormer Höhe. Der Mangel an Schlachtschweinen und guten schlachtreifen Tieren machte sich in den letzten Monaten besonders bemerkbar, so daß sich die Deckung der Grenzen für Einfuhr von Schlachtvieh aus dem Auslande immer mehr als eine unabwendbare Notwendigkeit herausstellte. Auf allen Märkten zeigte sich deshalb schon der Import geschlachteter Schweine aus dem Auslande, und so versuchte auch die hiesige Fleischerinnung den schwierigeren Verhältnissen durch Einfuhr geschlachteter österreichischer Schweine abzuhelfen. Hierdurch dürfte auf die Aufwärtsbewegung der Preise für einheimische Schweine hemmend eingewirkt worden sein. Im Monat Dezember war bereits ein Rückgang von 2 Mk. pro Centner zu notieren.

Das sonst übliche rege Herbstgeschäft im Buchbinder- gewerbe bewegte sich in weit ruhigeren Bahnen als in den Vorjahren.

Der Geschäftsgang im Baugewerbe, besonders im Maurer- und Zimmerergewerbe, war im allgemeinen nicht gut, weil die vorhandene Arbeit mit sehr gedrückten Preisen auszuführen werden mußte. Von der Bauhätigkeit abhängig waren auch die Bildhauer-, Stuckateur-, Dachdecker-, Steinseger- und Messergewerbe.

Der Geschäftsgang im Buchdrucker- gewerbe, der zur- Aus- gang des Jahres ein guter war, ging in der zweiten Hälfte mehr und mehr zurück und war am Jahresabschluss auf seinem Tiefpunkt angelangt. Für dieses Gewerbe machte sich die schlechte Geschäftslage noch besonders dadurch bemerkbar, daß sich die leidige Konkurrenzwirtschaft, unter der das Gewerbe leidet bei normalem Geschäftsgange schwer zu leiden hat, in bedrohlicher Weise entwickelte. Auch die Zahl der arbeitslosen Gehilfen nahm mehr und mehr zu. In allen übrigen Gewerben werden die gleichen Klagen über den schlechten Geschäftsgang erhoben.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Stadt Markranstädt haben sich gegenüber dem Vorjahre nicht geändert. Die Rauchwarenverzeileten und Färbereien haben ein gutes Geschäftsjahr hinter sich, auch in der Herstellung von Cement- und Mischwaren wurden gute Geschäfte gemacht. Die Bauhätigkeit war eine sehr rege. Weniger günstig wird über die wirtschaftlichen und gewerblichen Verhältnisse der Stadt Tauscha berichtet, ebenso haben diese Verhältnisse in Zwenkau im Berichtsjahre keinerlei Aufschwung, sondern infolge der auf wirtschaftlichem Gebiete ziemlich ausgedehnt eingetretenen wirtschaftlichen Depression eher einen weiteren Rückgang erfahren.

**Die Bauhätigkeit im Jahre 1901** erstreckte sich im Stadtgebiete Leipzig auf 961 Neu- und Umbauten mit 3077 Wohnungen und 393 gewerblichen Anlagen, in Markranstädt auf 41 Bauhätigkeiten mit 60 Wohnungen, in Tauscha auf 20 Bauhätigkeiten mit 34 Wohnungen und in Zwenkau auf 18 Bauhätigkeiten mit 25 Wohnungen. In dem zum Gewerbelammerbezirk Leipzig gehörigen Landgemeinden wurden im Berichtsjahre 941 Neu- bzw. Umbauten fertiggestellt. Eine erhöhte Bauhätigkeit gegenüber dem Vorjahre ist eingetreten in Markranstädt und in den Landgemeinden, eine Verminderung im Leipziger Stadtbezirk, in Tauscha und in Zwenkau.

**Zum Umbau der Leipziger Bahnhöfe.** Den von den Stadtverordneten bei der Beschlußfassung über die Statvorlage, die zukünftigen Hauptbahnhofsanlagen in Leipzig betreffend, gestellten Anträgen ist der Rat beigetreten und es haben hierzu bereits weitere Verhandlungen mit den Vertretern der beteiligten Staatsregierungen stattgefunden. Bekanntlich ist zur Schaffung des Vorplatzes vor dem künftigen Hauptbahnhofsgebäude auch die Niederlegung der Gebäude erforderlich, die jetzt die beiden Hauptpostämter inne haben. Unter Vorbehalt der Zustimmung der Stadtverordneten ist nun vom Rate mit dem sächsischen Finanzministerium ein Abkommen dahingehend getroffen worden, daß die bisherigen Hauptpostamtsgebäude der Stadtgemeinde zur Verfügung gestellt werden, während diese dem Staatsfiskus an der Ecke der Bohlsker und Entrischer Straße einen Bauplatz zur Errichtung eines neuen Postamtsgebäudes überläßt.

**Bessere Wasserverhältnisse im Johannisthal** will der Rat dadurch schaffen, daß die totlaufenden Enden der im Jahre 1900 eingelegten Wasserleitungsanlagen beseitigt und Verbindungsrohre angelegt werden. Von den Gartenbesitzern im Johannisthal ist behauptet worden, daß das Wasser nicht zum Trinken, sondern nur zum Sprengen verwendet werden könnte. Die Wasserwerksverwaltung ist dieser Behauptung beigetreten. In den toten Enden hielten sich bei dem geringen Verbrauch die zur Entnahme gelangten Wassermengen sehr lange auf und das Wasser bekäme von den Wänden der neuen Rohre starken Asphaltgeschmack und Geruch und löse vermöge seines Pohlensäuregehaltes Eisen auf. Die Röhren der vom Rate beschlossenen Aenderung belaufen sich auf 4741 Mk. Von der seiner Zeit zur Einführung der Wasserleitung ver-

billigsten Mitteln sind noch 1127.60 M. verfügbar, so daß nur noch weitere 3612.40 M. aufzuwenden sind. Es ist hierzu die Zustimmung der Stadtverordneten einzuholen.

Verteilung der Hausbesitzer. Der Allgemeine Hausbesitzerverein zu Leipzig hat im Auftrage des Vorstandes des Verbandes der sächsischen Hausbesitzervereine eine Verteilung an die Ständekammern gerichtet, in der gebeten wird, bei der jetzt noch schwebenden Reform der Staatssteuern an dem Vorschlage der Staatsregierung festzuhalten, die Grundsteuer außer Hebung zu lassen, und somit den von der Ersten Kammer gefassten Beschluß, die staatliche Grundsteuer beizubehalten und auf das übrige Vermögen eine Ergänzungssteuer zu legen, nicht zum Gesetze zu erheben.

Ueber die Lage der Schmiede von Leipzig sind von der hiesigen Verbandsleitung statistische Erhebungen veranstaltet worden, an denen sich 226 Berufsgenossen beteiligt haben. Nach den Ermittlungen beläuft sich das Durchschnittsalter der Mitglieder auf 28 Jahre, daraus geht hervor, daß entweder die älteren Arbeiter kein Verständnis für die Organisation zeigen, oder daß die meisten von ihnen einen anderen Erwerb ergreifen. Für die Erhebungen kamen 106 Betriebe in Betracht, in denen 1900 809 Arbeiter, 1901 aber nur 711 Arbeiter beschäftigt waren. Das ist ein Rückgang der Beschäftigten um 98 Personen oder 12,11 Proz. Davon entfallen auf die Kleinbetriebe nur 6, auf die Großbetriebe aber 92 Arbeiter. Auch der Verdienst ist bedeutend zurückgegangen. Der durchschnittliche Stundenlohn betrug bei den Lohnarbeitern 1900 28 1/2 Pfg., 1901 dagegen 26 1/2 Pfg.; bei den Accordarbeitern 1900 49 1/2 Pfg., 1901 48 1/2 Pfg. Dieser Lohnausfall wird für den einzelnen um so fühlbarer, wenn man die Verminderung der Arbeitsstunden gegenüber dem Vorjahre in Betracht zieht. Allein in 34 Betrieben sind Accordabzige von 5 bis 40 Proz. vorgekommen worden. Während ein Teil der Arbeiter bei kürzerer Arbeitszeit und geringerem Lohne arbeiten mußte, war ein anderer Teil genötigt, Überstunden zu machen. So haben die Erhebungen ergeben, daß 36 Arbeiter zusammen 923 Überstunden gearbeitet haben, das sind im Durchschnitt 25 Überstunden pro Arbeiter. Arbeitslos waren im Jahre 1901 71 der Befragten zusammen 3532 Tage oder durchschnittlich 49 Tage. Das bedeutet bei zehnstündiger Arbeitszeit und 36 Pfg. Stundenlohn einen Lohnausfall von 12715.20 M. Krank waren 79 Arbeiter 1650 Tage. In 16 Fällen trug die Frau mit zum Erwerb bei; in zwei Fällen waren sogar die Kinder hierzu genötigt. Der durchschnittliche Mietzins der Befragten beträgt 236 M. Da sich der durchschnittliche Jahresverdienst für 1901 auf 1127 M. beläuft, so betragen die Ausgaben für die Wohnung 20,94 Proz. des Gesamteinkommens. Bei 36 Arbeitern ist im letzten Jahre eine Steigerung des Mietzinses um 5 bis 84 M. zu verzeichnen. Das Resultat der Erhebungen wird dahin zusammengefaßt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Schmiede in Leipzig die denkbar ungünstigsten sind.

u. Mittel gegen Brandwunden. Zu den vielen schon vorhandenen Mitteln gegen Brandwunden wird ein neues als ganz vorzüglich empfohlen. Man stellt es her aus 100 Gramm Natronwasser, 100 Gramm Leinöl und 5 Gramm Karbolsäure. Durch tüchtiges Mischen und Schütteln dieser Bestandteile entsteht eine käsige Seife, die sich bei Brandwunden so gut bewährt hat, daß sie eigentlich in keinem Haushalt fehlen, sondern immer vorrätig sein sollte. Die Schmerzen werden nach mehrmaligem Bestreichen der verbrannten Stellen mit der Seife verschwinden und in kurzer Zeit wird eine Heilung der Brandwunden eintreten. Besonders bedenklich sind Brandwunden, die dadurch entstehen, daß beim Anzünden von Streichhölzern ein wenig Phosphor abspritzt und die Haut trifft. Hier empfiehlt sich sofortiges Eintauchen der beschädigten Stelle in eine starke Sodalösung in Wasser. Der Phosphor geht mit der Soda eine chemische Verbindung ein, die ganz unschädlich ist, was man von dem bloßen Phosphor nicht behaupten kann.

Bei der Unterzeichnung von schriftlichen oder gedruckten Erklärungen wird, wie wir auch vielfach aus unseren Briefkastenfragen sehen, sehr häufig nicht mit der gehörigen Vorsicht und Sorgfalt verfahren. Es sei deshalb einmal darauf hingewiesen, daß der, der seine Unterschrift unter eine solche Erklärung gibt, in der Regel sich nicht darauf berufen kann, er habe nicht gelesen, was er unterschrieben habe; seine Unterschrift gilt, auch wenn er das Unterschriebene wirklich nicht gelesen hat. Nur dann braucht er die Unterschrift nicht gelten zu lassen, wenn er nachweisen kann, daß er über die Bedeutung des Unterschriebenen im Irrtum war und daß er bei richtiger Kenntnis der Sachlage die Unterschrift nicht gegeben haben würde. Ganz abgesehen aber davon, daß dieser Nachweis meist sehr schwer sein wird, ist zu beachten, daß derjenige, der unter diesen Umständen seine Unterschrift widerruft, den bei der Sache beteiligten Personen für den Schaden aufkommen muß, den diese dadurch erleiden, daß sie auf die Gültigkeit der Unterschrift vertraut haben.

Verzögerungen in der Briefbestellung treten in der Regel dann ein, wenn Briefsendungen, die für Empfänger in den Vororten von Leipzig bestimmt sind, in der Rücksicht als Bestimmungsort nur die Angabe „Leipzig“ tragen. Briefe, die mit einer näheren Bezeichnung des Vorortes nicht versehen sind, werden von den Postanstalten außerhalb Leipzigs und von den Bahnposten ihrer Aufschrift entsprechend nicht unmittelbar nach den Vorortpostämtern, sondern zunächst nach dem Briefpostamt (Poststraße) geleitet und von da erst nach Bestimmungsort der Aufschrift oder Ermittlung des richtigen Bestimmungsortes dieser zugeführt. Es liegt daher im eigenen Interesse der Empfänger, daß sie bei den Personen und Geschäften, von denen sie Briefe u. dgl. zu erwarten haben, darauf hinwirken, daß in der Rückschrift ihrer Sendungen stets der Vorort mit angegeben wird.

Patentanmeldungen sächsischer Erfinder. Gegen diese Patentanmeldungen kann bis zum 12. Juli Einspruch erhoben werden. Nr. 6. Bier, Branntwein, Wein, Essig, Hefe. R. 16217: Verfahren zum Würzen von Bier mittels gewürzter zum Vorausschauen verwendeter Kohlenfäure. F. Reibstein, L.-Sohlis, Blumenstr. 5. — Nr. 12. Chemische Verfahren und Apparate, soweit sie nicht in besonderen Klassen aufgeführt sind. P. 12978: Planetenrührwerk mit schrägstellbarem Rührer. C. Vofraned, Dresden-Altan. — Nr. 15. Druckerei, Vordruckmaschinen, Schreibmaschinen, Stempel. D. 12324: Vorrichtung zur Bewegung des Druckfundaments von Schnellpressen. Dresdener Schnellpressenfabrik Haus, Sparbert u. Dr. Michaelis, Coswig i. S. — Nr. 23. Fein- und Kleinindustrie. H. 26314: Verfahren zur Darstellung von künstlichem Citronenöl. Heine u. Co., Leipzig. — Nr. 25. Flechten, Wirten und Pflanzentieren. P. 13140: Verfahren und Hätelgalmaschinen zur Herstellung von Bierabdomamenten. Th. Preuß, Buchholz i. S. — Nr. 30. Gesundheits-

pflege auch Tierheilkunde. D. 11887: Vorrichtung zum Inhalieren durch die Nase. Dresdener Chemisches Laboratorium Liniger, Dresden. — Nr. 32. Glas. H. 25406: Verfahren zur Herstellung von gleichschweren und gleichen Fassungsvermögen besitzenden Hohlglasgegenständen mittels der Glasblasmaschine. Hermann Gilde, Koblenz. — Nr. 46. Luft- und Gasmaschinen, Feder- und Gewichtskraftmaschinen. M. 19930: Antrieb für den Anker der magnetischen Maschinen, welche den Strom für die Erzeugung in Explosionskraftmaschinen erzeugt. Maschinenbau-M.-Gesellsch. vorm. Vb. Swiderski, Leipzig. — Nr. 63. Sattlerei und Wagenbau (außer Eisenbahnwagen Nr. 20c), Motorwagen und Fahrräder. M. 20294: Wagenrad mit zweiteiligem Nabenkörper. P. Wögel, Dresden-N. — Nr. 65. Schiffbau und Seewesen. N. 5606: Turbinenartiger Schiffspropeller. D. Nagel-Heyer u. R. Albrecht, Wittweiba. — Nr. 76. Spinnerel. K. 22544: Verfahren u. Vorrichtung zum Strecken von Spinnfasern. Runge u. Co., vorm. J. C. Hauptmann u. Co., Großschadowitz b. Dresden.

Schwer verunglückt ist gestern auf einem Neubau an der Möllauer Straße der in der Dresdener Straße Nr. 24 wohnende, 20 Jahre alte Mauerer Mohs aus Weidenhain. Dem jungen Manne fiel, als er, um nach Arbeit anzufangen, in dem Neubau auf einer Leiter emporstieg, ein Ziegelstein auf den Kopf. Infolgedessen stürzte der Getroffene von der Leiter herab. Der Verunglückte hat eine schwere Verletzung der Schädeldecke und eine Rückenwirbelsäulenverfrachtung davongetragen und mußte sofort mittels Krankenwagens in das Krankenhaus gebracht werden.

Dummheitig angetroffen wurde gestern auf einer Promenadenbank am Rathausring eine unbekante Frau im Alter von etwa 35 bis 40 Jahren. Schulkleute brachten die Dummheitige nach dem Polizeiamte, von wo aus ihre Ueberführung nach dem Krankenhaus erfolgte. Die Erkrankte soll eine Frau Bauer aus Markranstädt sein.

Sittlichkeitsvergehen. Wegen des dringenden Verdachts der Verübung eines Sittlichkeitsvergehens an einem Kinde wurde ein hier zugereister 30 Jahre alter Müllerergeselle aus Schrimm in Haft genommen.

Eine Geisteskranke. Am Dresdener Bahnhof gelang es gestern nachmittag einer aus Langensalza gebürtigen 47 Jahre alten geisteskranken Robistin, aus der Obhut ihrer Wärterin, die sie von Goldbi nach der Heilanstalt Döben zu bringen hatte, zu entkommen. Die Unglückliche wurde in den Promenadenanlagen eingeholt und nach dem Orte ihrer Bestimmung überführt.

Zu Verwahrung der Polizei befindet sich eine Kassetten, die vorgelesen von Fischen in der Pleiße umweit des Rosenhals gefunden wurde. Die Kassetten ist 34 Centimeter lang und 25 Centimeter hoch; sie hat einen braunen Anstrich und einen rollierten Einsatz; augenscheinlich ist sie gewaltam aufgesprengt worden.

Einbrecher drangen gestern in eine Bodenkammer des Grundstücks Mühlengasse 8 ein und stahlen daraus Wäsche und Kleidungsstücke, darunter ein neues, dunkelblaues, wollenes Kleid, ein hellblaues Wäschelein, vier helle Wäscheleinen und eine größere Anzahl J G und F G gezeichnete, weiße Taschentücher. Der Wert der gestohlenen Sachen beläuft sich auf 150 M.

Ein weiterer Einbruch wurde vergangene Nacht in einem kaufmännischen Geschäft der Sternwartenstraße verübt. Den Dieben fielen dort 9 goldene Damenuhren und ein neuer schwarzgran melierter Sommerbergel in die Hände. Die Uhren sind auf der Rückseite mit Emailverzierungen in Form von Schwalben und Blumenranken versehen.

Kleine Polizeinachrichten. Von dem Güterboden eines hiesigen Wagens ist, vermutlich durch Diebstahl, eine 28 Mio schwere und mit Nr. 2770 gezeichnete Korbflasche mit Lad abhanden gekommen.

Abgefaßt wurde gestern ein 28 Jahre alter Markthelfer aus Schönberg, als er von einem auf der Straße stehengelassenen Buchhändlerwagen mehrere Pakete stahl. Der wegen solcher Diebstähle bereits vorbestrafte Mensch kam in Haft.

Von heftigen Kämpfen wurde gestern abend in der Thomaststraße ein etwa 25 Jahre alter Bewohner der Elisabethstraße in L.-Volkmarndorf befallen. Der Erkrankte mußte mittels Krankenwagens dem Krankenhaus zugeführt werden.

Feuer wurde heute früh in der fünften Stunde aus dem Grundstück Josephinenstraße 32 in L.-Neuditz gemeldet. Es waren dort die im Hofe lagernden Bretter eines Kohlenhändlers infolge Selbstentzündung in Brand geraten. Letzterer wurde von der Feuerwehr bald befreit.

Ein Einmischer, der sich als ein Ausländer Lorenz aus Klein-Korbetha ausgab, miethete sich bei einer in der Hohen Straße zu L.-Lindenau wohnenden Familie ein und verschwand vorgestern plötzlich unter Mithahme verschiedener Herrenkleidungsstücke und Stiefel. Der Dieb ist etwa 30 Jahre alt, von mittler Größe, hat volles, gesundfarbiges Gesicht, dunkles Haar und Vollbart. Seine Kleidung bestand aus einem schwarzen Rock, brauner Hose und schwarzer Wallonmütze.

Trost im Mai. Ein glückliches und gesundes Temperament findet sich mit allem ab, und so könnte man ja angesichts des diesjährigen Frühlings zu dem freilich recht negativen Krostwort greifen: „Nichts ist schwerer zu ertragen, als eine Reihe von guten Tagen!“ Dank der Einsicht unserer Gelehrten aber brauchen wir uns nicht mit diesem etwas schalen Sprichwort zu begnügen, sondern wir haben noch einen sehr viel besseren Trost bei der Hand. So wenig der heurige Mai vom Wonnemonat an sich haben mag, so wenig ist er andererseits dazu im stande, die ewigen Winter zu verdrängen, von denen der Gang der Sonne und die Wirkung ihrer Strahlen regiert wird. Der schlimmste Frühling ist noch immer weit besser als ein mittelmäßiger Herbst. Man sollte meinen, daß bei so anormaler Witterung, wie sie jetzt seit Wochen herrscht, die Zahl der Erkrankungen und auch der Todesfälle eine bedeutende Steigerung aufzuweisen haben müßte. Das ist aber durchaus nicht der Fall, wenigstens nicht mit Bezug auf die Sterblichkeit. Ueberall zeigt die Liste der Todesfälle seit den letzten Wochen eine stetige Abnahme, und nicht einmal die Sterblichkeit an Erkrankungen der Atmungsorgane hat zugenommen. Und woran liegt das? — Die Sonne steht in gewisser Beziehung für unsere Breiten jetzt auf dem Gipfel ihrer Macht, nicht mit Rücksicht auf die Wärme — das weiß ja jedermann — wohl aber in Anbetracht ihrer chemischen Wirksamkeit, und von dieser hängt die menschliche Gesundheit sehr wesentlich ab. Die chemischen Strahlen der Sonne, also diejenigen, die im violetten Teil des Spektrums und darüber hinaus liegen, sind die, die das Leben der Vakterien zerstören und somit die Luft und die Erde von Krankheitserregern reinigen. Es ist eine eigentümliche und vielleicht schwer zu erklärende Thatsache, aber es ist eben eine Thatsache, daß diese chemischen Strahlen in den Monaten April und Mai ihre größte Kraft erreichen. Nachzuweisen ist das durch die Beobachtung des Photographen.

Gewisse chemische Verbindungen wie Chloroform, Jodkali, Wasserstoffsuperoxyd und eine große Zahl von Salzen werden offenbar in dieser Frühlingszeit leichter und schneller zerlegt als zu irgend einer anderen Zeit des Jahres.

### Von Nah und Fern.

Wassernot. Infolge anhaltenden Regens sind der Rhein und seine Nebenflüsse stark im Steigen. Mosel und Saar führen Hochwasser. Neckar und Rhein sind bei Mannheim über die Feiertage stark angeschwollen. Der Neckar hat das Vorland weithin überschwemmt. Ebenso sind die Elbe, die Wesel, die Jura, die Thur über die Ufer getreten und überschwemmen weite Strecken. Im St. Amarinthal war die Hochwassergefahr so groß, daß man die Sturmglocken läutete. Auf der ganzen Bahnstrecke zwischen Zabern und Straßburg sind ungeheure Landstrecken, Fabriken, Geschäfte u. dgl. infolge der Ueberschwemmungen unter Wasser gesetzt. Der Ober- und Mittelrhein ist im Steigen begriffen. Von einzelnen oberrheinischen Nebenflüssen werden Ueberschwemmungen, sowie weiteres bedenkliches Anwachsen gemeldet. Auch die Ruhr führt Hochwasser. — In Ungarn ist der Theisfluß ausgetreten und hat die Umgegend verschiedener Ortschaften des Ungarner Komitats überschwemmt.

Mauereinsturz. Bei einer Gymnastikschauung im Felsengarten in Darmen ist am Pfingstsonntag eine Mauer eingestürzt. Von zwanzig Personen, die auf der Mauer saßen, wurden acht Personen teils schwer, teils leichter verletzt, zwei Kinder wurden getötet.

Wieder eine Jugentgleisung. Aus Hamburg wird gemeldet: Am Morgen des 21. Mai gegen 3 Uhr entgleiste auf der Strecke zwischen Büchen und Friedrichsruh der sogenannte Wicherzug, der des Morgens in aller Frühe in Hamburg mit Milchleuten und Milch eintrifft. Drei Personen wurden sehr schwer, mehrere leicht verletzt.

Zu der Trunkenheit. Das Berliner Tageblatt berichtet aus Gelsenkirchen: Ein betrunkener Verginvalide verursachte eine Dynamitexplosion, durch die seine Tochter getötet und ein anderes Kind schwer verletzt wurde. Der Thäter ist flüchtig.

Verschüttet. Der Berliner Lokalanzeiger berichtet aus Bochum: In Herbede wurde der Sohn des Steinbruchbesizers Schneider im Steinbruche seiner Eltern verschüttet und getötet.

Todessturz. Aus Sheffield wird berichtet: Die Luftschifferin Fräulein Brock wollte sich gestern mit einem Fallschirm aus einer Höhe von 300 Metern niederlassen. Der Fallschirm funktionierte jedoch nicht. Die Luftschifferin fiel in den Hilbro-Park und blieb tot.

Von Martinique und St. Vincent. Aus Fort de France wird gemeldet: Der nordamerikanische Hilfsdampfer Dixi fuhr am 21. Mai an dem rauchenden, Blitze schlendernden Mont Pelée vorbei. Die Blitze wurden verursacht durch das nördliche ausströmende Gas, welches die in St. Pierre Verunglückten getötet hat. Bei dem letzten Ausbruch des Mont Pelée wurden pflaumen große Steine bis nach Fort de France geschleudert. Der Mont Pelée raucht fort. Ein neuer Ausbruch ist sehr möglich.

Auf St. Vincent vernahm man ein furchtbares Getöse, begleitet von heftigen Erdstößen und elektrischen Entladungen. Aus dem Krater drangen dichte, schwarze Wolken hervor. Dann erhob sich eine leuchtende Wolke aus dem Krater, die nach Norden zu verschwand. Bis Mitternacht folgte ein dichter Regen. Der Einwohner hat sich eine große Panik bemächtigt, sie flüchten, wohin sie können.

### Briefkasten der Redaktion.

Kleinzeitsucher, Lutherstraße. Opposition bedeutet Gegensatz, Widerstand; namentlich die gegen die Regierung sich geltendmachende Richtung. Oppositionsparteien sind die Parteien, die sich dieser Richtung anschließen.

P. N. S. Der polizeilichen Anmeldung bedarf es in diesem Falle nicht.

### Auskunft in Rechtsfragen.

E. A. Lassen Sie sich die Zusicherung vom Hauswirt schriftlich geben.

E. G. 1. Eine solche Vereinbarung muß gerichtlich in Gegenwart beider Teile geschlossen werden; sie bedarf, um gegen dritte wirksam zu werden, der Eintragung in ein beim Amtsgericht geführtes Güterrechtsregister. 2. Es kann Antrag beim Amtsgericht auf Freigabe der gepfändeten Sachen gestellt werden.

### Theatervorstellungen.

Neues Theater. Donnerstag den 22. Mai: 134. Abomm.-Vorstellung (2. Serie, rot): **Tannhäuser und Der Sängerkrieg auf der Wartburg.** Große romantische Oper in 3 Akten von Richard Wagner. Regie: Ober-Regisseur Goldberg. — Direktion: Kapellmeister Gortler. Herrmann, Landgraf von Thüringen . . . . . Dr. Urici Tannhäuser . . . . . Dr. Urici Wolfram von Eschenbach . . . . . Dr. Karl Groß Walter von der Vogelweide . . . . . Dr. Merkel Wierolf . . . . . und Sänger. Dr. Greber Heinrich der Schreiber . . . . . Dr. Marion Einar von Zweter . . . . . Dr. Friede Elisabeth, Nichte des Landgrafen . . . . . Fr. Seede Venus . . . . . Fr. Eibenschütz Ein junger Hirt . . . . . Fr. Untucht Vier Hagen des Landgrafen, Thüringische Ritter, Grafen und Edelmannen, Edelknaben, Ältere und jüngere Pilger, Streifen, Rajaden, Bacchantinnen. Ort der Handlung: Thüringen, Wartburg. — Zeit: Im Anfang des 13. Jahrhunderts. Die Gruppierungen in der Venusgrotte, arrangiert vom Hofballtänztmeister Herrn J. Gollinell, werden ausgeführt von Fr. Gruby, Fr. Schäfer, Fr. Strigel, den Damen des Corps de Ballet, den Figurantinnen und Gevinnen der Ballettschule. Die Chöre werden unter Mitwirkung von Mitgliedern des Gesangsvereins „Sängerkreis“ ausgeführt. Pause nach jedem Akt. Einlaß 7/8 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende nach 10 Uhr. **Opern-Preise.** Billet-Verkauf an der Tageskasse von 10-3 Uhr. Billet-Verkauf für den nächsten Tag von 1-3 Uhr. (Jedes Billet, welches vor Eröffnung der Tageskasse bestellt oder im Vorverkauf entnommen wird, kostet 30 Pfg. Aufgeld.) Spielplan: Freitag: Epimont, Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Martha, Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Donnerstag den 22. Mai:
Es lebe das Leben.

Drama in 5 Akten von Hermann Sudermann.

Regie: Ober-Regisseur Adler.

Cast list for 'Es lebe das Leben' including roles like Graf Michael von Kellinghausen, seine Frau, and various servants.

Ort der Handlung: Berlin. In den ersten drei und im fünften Akte bei Graf Kellinghausen...

Einlog 7/8 Uhr. Anfang 1/8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Spielplan: Freitag: Wiener Blut. Samstag: Wiener Blut.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Speiseanstalt I (St. Johannisplatz): Spinat mit Rindfleisch.
Speiseanstalt II (Molkenhofgasse): Spinat mit Schwarzkraut.

141. Sächsische Landeslotterie.

Ziehung vom 22. Mai.

Alle Nummern, neben denen kein Gewinn steht, sind mit 252 Mark gezogen.

Large table of lottery numbers and prizes for the 141st Saxon State Lottery.

Large table of lottery numbers and prizes, continuing from the previous section.

Table of lottery numbers and prizes, including a section for 'Briefe müssen richtig frankiert werden!'.

Briefe müssen richtig frankiert werden!
In letzter Zeit sind uns mehrfach Briefe aus Leipzig und Umgegend zugegangen...

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen!
Seid unausgesetzt thätig für die Werbung neuer Abonnenten!

Zur gefälligen Beachtung!
Von einigen Filial-Inhabern und Ausrägern wird darüber geklagt...

Es ist kein Geheimnis, warum jeder Probierstuch meine Kundenschaft bedeutend vergrößert...

Gebr. Singer-Nähmaschinen
von 15 Mk. an. Reparatur, Original-Victoria.
Schubbe, Peterstraße 34, im Hof.

Weisses Druckpapier
in Bogen und Rollenresten hat billig abgegeben
Buchdruckerei Tauchaer Str. 19/21.

Vermischte Anzeigen.
Steuerreklamationen
jertigt man nach dem im Arbeiterführer für Leipzig und Umgegend enthaltenen Probierstücken...

Als Schneiderin
empfehle ich Hedwig Seidel, 4865.
Schuljunge oder Mädchen früh gesucht.

Zurückgekehrt
Dr. Bornstein
Spezialarzt für Verdauungs- und Stoffwechselkrankheiten.

Möbliertes Stübchen ist zu vermieten
Leipzig, Lindenauer Str. 8, I.
Freundl. Schlafstelle f. 1 Herrn zu vermieten...

Familienanzeigen.
Obwald Liebmann in Witten soll leben, seine Marie u. Vater dem Fam. Liebmann.

Karl Friedrich Hermann Kermes
im 50. Lebensjahre.
Schmerzhaft ist dies mit der Bitte um stille Teilnahme an...

Aus der Partei.

Emil Dastig †. Der Sattler Emil Dastig aus Berlin wurde am Sonnabend auf dem Friedhof in Friedrichsfelde zur letzten Ruhe gebracht. Die Kämpfe und Leiden der Jahre 1877-1880 hatten ihm strafrechtliche Verurteilungen für seine hervorragende Beteiligung an der Arbeiterbewegung eingetragen und hatten seine spätere Ausweisung zur Folge. Die Jahre der Verbannung verbrachte Dastig zum großen Teil in Hannover, Elberfeld und Bremen. Im Jahre 1887 war er einer der Angeklagten im Elberfelder Scheinbündnisprozess, wurde aber freigesprochen. In den letzten Jahren war er mit dauernder Arbeitsunfähigkeit infolge schwerer Erkrankung heimgekehrt, bis ihm der Tod von seinen Schmerzen erlöste.

Die Maifestzeitungs-Illustrationen. Mit der letzten Maifestzeitung beschäftigte sich eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den 1. Wahlkreis in Hamburg. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins des 1. Hamburger Reichstagswahlkreises kann den Illustrationen, wie sie in der Maifestzeitung 1902 enthalten sind, einen Kunstgeschmack durchaus nicht abgewinnen, sie spricht deshalb ihre schärfste Mißbilligung — sowohl den Herausgebern wie den Zeichnern — in Bezug auf die künstlerische Ausführung der fraglichen Bilder aus. Die Versammlung beauftragt den Vorstand, den Verlag der Maifestzeitung dieses Tadelwortum wissen zu lassen.“

Das Vorgehen ist anerkennenswert und verdient Nachahmung. Was in dieser Maifestzeitung an Bildern für das Volk gut genug war, artekte wirklich zu einer Geduldssprobe für den künstlerischen Geschmack des Volkes aus; um so erfreulicher, wenn der Geduldssaden einmal reißt und maßgebenden Kreisen die gestiegenen künstlerischen Bedürfnisse dokumentiert werden.

Sozialdemokratische Gemeinderäte. Am Sonntag den 26. Mai findet in Neustadt a. d. S. eine öffentliche Konferenz sozialdemokratischer Gemeinderäte der Pfalz statt. Tagesordnungspunkte sind: 1. Der Gemeindeprogramm-Entwurf. 2. Das Submissionswesen in den Gemeinden.

Ein neues Organisationsstatut für Berlin ist vom sozialdemokratischen Parteivorstand, den Delegierten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und den Delegierten der Genossinnenvereine angenommen worden. Danach sollen die acht Wahlkreise von Berlin und seinen Vororten einen gemeinsamen Agitationsbezirk bilden.

g. Parteipresse. Die redaktionelle Leitung der Fränkischen Tagespost in Nürnberg ist von dem Genossen Scheideemann, der die Chefredaktion unseres Offenbacher Parteiblattes übernimmt, auf den Genossen Dr. Adolf Braun, früheren Redakteur des Vorwärts, übergegangen.

g. Auf einer Wahlkreis-Konferenz des Wahlkreises Fochheim-Kulmbach wurde an Stelle des bisherigen Kandidaten Genosse Ph. Wiemer-Nürnberg, der die Wiederannahme einer Kandidatur für die Zukunft abgelehnt hat, jedoch auch weiterhin im Kreise agitatorisch tätig sein will, der Genosse Deinhardt-Erlangen als Kandidat für die nächsten Reichstagswahlen aufgestellt.

Bezirkskonferenz in Posen. Zum erstenmal war es den Genossen in Posen möglich, in den Mauern der Festung ihre Bezirkskonferenz für Posen und die fünf umliegenden Wahlkreise abzuhalten. Erschienen waren 14 Delegierte. In fünfständiger Beratung beschloß die Konferenz u. a., mit allen Mitteln für die Herausgabe einer dreimal wöchentlich erscheinenden polnischen Zeitung einzutreten, um das Erscheinen derselben noch vor den nächsten Reichstagswahlen zu ermöglichen. Als Kandidaten für die nächste Reichstagswahl wurden aufgestellt: Gutsche-Schwerin, Stenkowski-Berlin, Pielsch-Obornik, Budrinski-Posen, Matusewki-Posen, Wogowski-Posen.

Kongreß der Steinarbeiter Deutschlands.

Dritter Verhandlungstag.

Leipzig, 21. Mai.

Die Verhandlung über die Organisationsänderung wurde fortgesetzt. Fint-Dresden hob hervor, daß, wenn einmal ein Verband geschaffen werde, es besser sei, wenn die Pfisterarbeiter sich mit den Steinsehern und die Steinsehern sich mit den Maurern vereinigen. Die Verbandsform müße aber nicht, weil die Betriebe der Großstädte zu Reparaturwerkstätten herabsinken und die Arbeit in den Bräuhäusern gemacht werde. Diese selbst lägen aber verstreut auf dem Lande und die Steinbrucharbeiter seien für eine feste Organisationsform nicht zu haben. Der Bewegung selbst würde durch Befestigung der lokalen Organisation nur eine Zwangsjacke angelegt. Die Erweiterung der Unterstützungs-Einrichtungen würden aber den Kampfcharakter der Organisation verwischen und sei eine Beitragserhöhung nicht durchzuführen. Außerdem käme man durch den Verband dazu, immer mehr Beamte anzustellen, der Erfolg würde eine weitere Steigerung der Beiträge sein. Die Veseitigung der Fluktuation durch den Verband werde nicht eintreten. Die Unterstützungs-Einrichtungen in anderen Verbänden haben ganz außerordentliche Beitragsleistungen hervorgerufen. Die Dresdener Kollegen seien gegen die Einrichtung eines Verbandes. Mittenmeyer meinte, daß andere Verbände für sie nicht vorbildlich sein könnten, da jene Berufs sich auf die Städte konzentrieren, während die Steinarbeiter auf dem Lande verstreut sind, im Frühling und Denken auch noch weit hinter den Arbeitern der Großstädte zurückständen. Für Gründung des Verbandes treten Starke-Wetzlar, Staudinger-Nürnberg, Oswald-Berlin und Schmidt-Dresden ein. Sie behaupten, daß aus den bisherigen Geschäftsberichten ersichtlich sei, daß es so nicht weiter gehen könne. Die Disziplin sei bedenklich geschwunden und mit dem Kassensollstand könne niemand imponiert werden. Alle anderen Gewerkschaften seien vorangegangen, ihre Organisation auszubauen, nur die Steinarbeiter seien zurückgeblieben. Das sei viel darauf zurückzuführen, daß dem Baumeister-Kongreß der Steinarbeiter lange für seine Quertreibereien zur Verfügung gestanden habe. Der Kampfcharakter dürfe nicht verworfen werden, aber neben dem Kampf müße auch ein Hindemittel in Unterstützungs-Einrichtungen vorhanden sein. Daß durch den Verband die Mitglieder in ihrer Existenz gefährdet würden, treffe nicht zu; sie könnten ja Einzelmitglieder sein. Mehrere Redner bezweifelten die Möglichkeit der Einführung von Unterstützungs-Einrichtungen. Ihnen hielt Oswald-Berlin entgegen, daß mit einem Verbandsbeitrag von 10 Pfg. pro Woche und einem Gebührentag von 10 Pfg. die Unterstützungs-Einrichtungen durchgeführt werden könnten. Alle Delegierten beteiligten sich an der Diskussion, ohne daß neue Momente vorgebracht wurden. Es wurde mit 87 gegen 5 Stimmen beschlossen, die Verbandsform anzunehmen und wurde die Beratung des Statutenentwurfs einer Kommission überwiesen.

XIII. Generalversammlung des deutschen Bergarbeiterverbandes.

6. Essen, 17. Mai.

Im Saale der Borussia begann heute nachmittags die 18. Generalversammlung des Deutschen Bergarbeiterverbandes. Mit dem Vorsitz wurde betraut: Sächse-Jwidau als 1. und Schröder-Dortmund als 2. Verhandlungsleiter. Nach der Festsetzung der Tages- und Geschäftsordnung erstattete der derzeitige Verbandsvorsitzende Schröder-Dortmund den Geschäftsbericht. Er führte aus, daß lediglich die Organisation, die gute Disziplin, größere Streits in den letzten Jahren verhinderten. Anstatt hierfür bei den Behörden Unterstützung zu finden, werden die Organisationen von allen Seiten behindert.

Mair, Kassierer des Verbandes, erstattete sodann den Kassensbericht. Nach dem von der Mandatsprüfungskommission erstatteten Bericht sind erschienen 67 Delegierte, welche 72 Mandate vertreten. Von den Delegierten sind 43 aus dem Ruhrrevier, 14 aus Mitteldeutschland, 4 aus Schlesien, 4 aus Bayern, 1 aus dem Saarrevier und Lothringen und 1 aus dem Rader Revier. Außerdem hatten sich eingefunden: Legien-Hamburg als Vertreter der Generalkommission, sowie 7 Vertreter der Organisation der Bergarbeiter Oesterreichs, ferner der Reichstags-abgeordnete E. Bernstein-Berlin. Kamerad Bartels-Dortmund leitet den Bericht der Kontrollkommission. Beschwerden gegen den Vorstand seien nur in beschränktem Umfang eingegangen. Er empfehle Wiederwahl des engeren Vorstandes.

Redakteur Letmpeter erstattete Bericht zu Punkt Presse. Besonders geht er ein auf verschiedene Prozesse gegen die Bergarbeiterzeitung. Sodann beschäftigt Letmpeter sich etwas näher mit dem sogenannten Arbeiterführer Aug. Brust, der sich nicht entschuldete, die Unzufriedenheit der Bergarbeiter auf sozialdemokratische Höhe zurückzuführen. Die lobende Anerkennung des Grubenkapitals für diesen Handlangerdienst sei ja auch nicht ausbleiben. Redner wendet sich ferner gegen Anträge auf Verkleinerung des Verbandsorgans, sowie gegen einige andere die Redaktion betreffende Anträge, ersucht auch, den Antrag auf Herausgabe einer polnischen Bergarbeiterzeitung abzulehnen und bittet weiter, den vorliegenden Antrag, der verlangt, die Zeitung solle in Zukunft wie bisher streng gewerkschaftlich vorgehen, zu genehmigen.

In der Diskussion befürwortet Klein-Saarrevier, in Saarabien einen händigen Vertrauensmann anzustellen. Mehrere Redner beschränken sich über Bestimmung von eingesandten Verbandsberichten und Notizen. Andere Redner führen Beschwerde, daß wegen zu niedriger Bemessung der für den Ortsverband zur Verfügung stehenden Beträge der Anschluß der örtlichen Organisationen an die Gewerkschaftsstruktur erschwert werde. Mair-Bodum geht auf diese Beschwerden ein, bemerkt, daß die Befriedigung der gedachten Wünsche abhängig sei von Erhöhung der Beiträge. Der Vorstand könne eben nicht mehr geben als er bekäme. Damit schloß der Verhandlungen des ersten Tages.

1. Essen, 18. Mai.

Sächse-Jwidau eröffnet die Verhandlungen des zweiten Verhandlungstages und begrüßt die erschienenen Delegierten aus Belgien und Frankreich. Die Reden werden von Gen. Bernstein überleitet. Ein Vertreter aus Frankreich und ein Vertreter der Belgier antworten. Der letztere dankt besonders den deutschen Genossen für die Bekundungen des Solidaritätsgefühls anlässlich des Generalstreiks in Belgien. Der Vorsitzende des österreichischen Bergarbeiterverbandes weist auf die Schwierigkeiten hin, die hauptsächlich auf sprachlichem Gebiet für die Organisation in Oesterreich in Betracht kommen. Künftig werden die Verhandlungen aufgenommen. Auf Antrag des Kassierers wird beschlossen, den Bergarbeiter-Kongressen nicht mehr herauszugeben. Ein Antrag, daß die Hauptkasse die Beiträge für die Gewerkschaftsstruktur zu zahlen hat, wurde angenommen. Aus den angenommenen Anträgen sind folgende hervorzuheben: „Anwalts- und Vergleite über 50 Jahre können nicht Mitglieder des Verbandes werden.“ — „Zu uns überretende Mitglieder anderer Gewerkschaften erhalten sofort alle Rechte, sofern sie in ihrer früheren Organisation sechs volle Monatsbeiträge leisteten.“ — „Wer dem christlichen Gewerbeverein der Vergleite mindestens sechs Monate angehört, braucht beim Uebertritt in den Verband kein Eintrittsgeld zu zahlen.“ — „Für Saargebiet-Lothringen ist ein händiger, besoldeter Verbandsbeamter zur Vorsehung der Agitation anzustellen.“ — „Eingesandte Lokalberichte sind möglichst unverkürzt zum Ausdruck zu bringen.“ — „Unsere Presse soll ihre streng gewerkschaftliche Haltung beibehalten.“

Zum folgenden Punkt der Tagesordnung: Die Lage der Arbeiter in der Montanindustrie (Sächse-Jwidau, Oesterreich). Der Oberschlesier muß mehr Werte schaffen als der Bergmann in anderen Bezirken. Der Knappe in Oberschlesien schafft für den Unternehmer pro Jahr einen Ueberschuß von 1752 Mk. Mit wenigen Ausnahmen müssen erkrankte Arbeiter in das Krankenhaus, dann erhalten die Familien pro Tag 30 Pfg. Krankengeld bei einem Monatsbeitrag von 2,50 Mk., bei 4,50 Mk. Beitrag steigt die Unterstützung für die Angehörigen bis zu 1,10 Mk. pro Tag. Traurig ist es auch bestellt mit den Pensionen. Meine Mutter erhält z. B. eine monatliche Pension von 2,15 Mk. Für die Angehörigen der Knappschicht der Donnermarck-Gütte beträgt die monatliche Pension pro Jahr Dienstzeit eine Mark pro Monat. Unternehmer und Polizei arbeiten einander in die Hände. Auf Beschwerden seitens Beauftragter der Arbeiter erfolgt die Antwort: Die Einmischung dritter Personen in unsere Betriebe weisen wir zurück.

Sogmann-Niederschlesien: Den Versprechungen auf Verbesserung der Lage der Arbeiter stehen tatsächlich Verschlechterungen entgegen. Eine Gewerkschaft stellte ihren 4000 Arbeitern das Ultimatum, entweder in eine Verlängerung der Arbeitszeit von 8 auf 10 Stunden einzuwilligen, oder mit Lohnreduktion und Feierschichten vorlieb zu nehmen. Rängere Arbeitszeit oder Feierschichten, ein soziales Programm des Unternehmertums. Unser schlimmster Feind ist die Unwissenheit der Arbeiter. Hier muß der Fehel angefaßt werden. Sorgen wir für Aufklärung und Bildung unserer ausgebeuteten Arbeitbrüder.

Rachmittags-sitzung.

Soachim-Beih-Weißfels: Im Braunkohlenbergbau ist fast allgemein eine zehnstündige Arbeitszeit üblich, in einzelnen Betrieben wird 9 Stunden gearbeitet. Im Sommer wird die Arbeitszeit auf 11 bis 12 Stunden erhöht, um bei Nachlassen der Konjunktur auf 6 bis 8 Stunden reduziert zu werden. Während meiner elfjährigen Tätigkeit im Bergbau habe ich niemals einen Grubenkontrollleur zu Gesicht bekommen. Eigenartig ist die Behandlung der Kranken. Die Diagnose lautet meist: unfähig zur Grubenarbeit, oder Simulant.

Dille-Gölsen: Im Mansfelder Kupferbergbau ist von schlechter Konjunktur keine Rede — für den Unternehmer wenigstens nicht, wohl aber für den Arbeiter, denn die Löhne erfuhren ganz enorme Reduktion, so daß Löhner 2,70 bis 2,80 Mk. Lohn erzielen; die Schichtlöhne betragen bis zu 1,50 Mk. Ein Skandal ist es auch, daß im Mansfelder noch Ander unter 16 Jahren in der Grube beschäftigt werden. Die Unternehmer erzielen im vorigen Jahre einen Ueberschuß von 5 1/2 Millionen Mark. Im März, wo der Staat Arbeitgeber ist, beträgt die Arbeitszeit zehn Stunden bei Löhnen von 2,50 bis 2,60 Mk. für Säuer.

Simmern-Jwidau: Als Konkurrentin gegen den Mann wird bei uns die Frau mißbraucht. Als Folge der Krise haben wir starke Lohnreduktion bei 11 bis 12stündiger Arbeitszeit zu verzeichnen.

Höfel-Dortmund: Hier gingen die Löhne verschiedentlich um 1,80 bis 1,20 Mk. zurück. Ein Mißstand ist die Verschiedenheit der Bagen bezüglich des Raumgehalts. Vielfach werden die Schichten verlängert durch vorzeitigen Beginn und vorzeitigen Schluß bei der Einfahrt der Mannschaft, bei der Ausfahrt verfährt man umgekehrt.

Mehrlache Beschwerden bringen Spaniol-Oberhausen und Hüffel-Langendreer vor.

Portenkirchen-Gausham: Wenn in Bayern die Verhältnisse günstiger liegen für den Arbeiter, wie in den übrigen Bezirken Deutschlands, dann können wir das auf unsere Organisation zurückführen. Unsere Arbeiterauschüsse finden auch bei der Grubeninspektion Entgegenkommen. Parteikämpfe zu führen hatten wir bei den fiskalischen Gruben in Peßberg.

Klein-Saarbrücken: In Saarabien wird dem Arbeiter durch Vater Staat die Ausübung der Staatsbürgerrechte einfach verweigert. Dem Grubenauschuß wird sogar verboten, in seinen Sitzungen die Lohnfrage zu erörtern. — Damit schließt die Diskussion.

Es ist folgende Resolution eingegangen, die einstimmig Annahme fand:

Die Generalversammlung des Deutschen Bergarbeiterverbandes vernimmt mit Entrüstung, wie unwürdig noch immer die Arbeiter in den deutschen Bergbezirken behandelt werden. Sie protestiert entschieden gegen diese Brutalitäten, ebenso gegen die rigorosen Lohnabläge und Bestrafungen. Die Delegierten sind der Ansicht, daß diese Aufreizungen der Delegierten nur zu dem Zweck geschehen, um die Arbeiterschaft in einen Streik zu treiben. Dagegen fordert die Generalversammlung alle Berufsgenossen auf, sich nicht zu einem Auslande provozieren zu lassen, da derselbe augenblicklich nur den Unternehmern zum Nutzen gereichen würde. Ruhe ist gerade jetzt unsere beste Verteidigung, und Werbung für die Organisation unsere erste Pflicht, damit, wenn die Zeit für uns günstiger ist und die Unternehmer den Frieden nicht wollen, wir den gerechten Kampf für unsere Rechte aufnehmen können. Die Generalversammlung erwartet von den Regierungen, daß sie den Uebelständen im Bergbaubetrieb in gründlicher Weise durch gesetzliche Eingreifen zu Gunsten der mißhandelten Arbeiter ein Ende macht.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Sozialpolitische Anträge, referiert Knappschichtleiter Weis-Gelsenkirchen über Knappschichtwesen. Nach ausführlicher Begründung empfiehlt Redner eine Resolution zur Annahme, durch welche folgende Forderungen aufgestellt werden: 1. Regelung des Knappschichtwesens durch Reichsgesetz; darin muß die Berufsunfähigkeit ausreicht erhalten bleiben. 2. Einzelliche Beiträge und Renten; Wegfall der Masseneinteilung bei der Pensionierung; Bestätigung der unabhängigen Mitgliedschaft. 3. Erhöhung der Renten, damit sie den Bedürfnissen der Mitglieder und dem Zweck der Raster entsprechen. 4. Veseitigung jeder Aufrechnung anderer Renten auf die Verginvalidenpension. 5. Festsetzung eines Dienstalters (in Jahren), nach dessen Ableistung die Verginvalidenpension unbedingt zu gewähren ist, ohne daß Bergfertigkeits nachzuweisen wäre. 6. Sicherung der erworbenen Mitgliederrechte im Falle freiwilliger oder unfreiwilliger Ablehnung von einem Vereinswerk. Eventuell Rückzahlung der geleisteten Beiträge unter Abzug der entstandenen Verwaltungskosten.

Diese Resolution, wie auch die nachfolgende, wird einstimmig angenommen:

Die Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes spricht sich aus für eine Weiterbildung der Krankenkassengesetzgebung in dem Sinne, daß die angeklündigte Novelle zum Krankentassenversicherungsgesetz den Knappschichtlichen Krankentassen vorschreibt: 1. Gewährung eines Krankengeldes in Höhe von 2/3 des verdienten Lohnes. 2. Gewährung freier Kur und Arznei auch an die Familienangehörigen der Rassenmitglieder. 3. Verzählung des Krankengeldes vom ersten Tage der Krankheit bis mindestens nach Ablauf der 20. Krankenswoche. 4. Zulassung von diplomierten Naturheilärzten. 5. Freie Wahl der Ärzte.

Der Vorstand erhielt Auftrag, der Regierung die Resolutionen zu unterbreiten.

Schluß der Verhandlungen des zweiten Tages.

Im Anschluß an die Verhandlungen fand ein Kommerz statt, auf welchem Gen. Bernstein die Freude hielt. Redner begrüßte in seinen Ausführungen auch das politische Gebiet, beschäftigte sich eingehend mit dem deutschen und preussischen Wahlrecht. Bezugnehmend auf die Vorgänge in Belgien, forderte Redner von den deutschen Staatsbürgern energischen Kampf zur Erringung eines wirklichen Wahlrechts. Selbst unser Reichstagswahlrecht sei bei der Wahlkreisgeometrie noch ein Wahlrecht. Viel schlimmer steht es noch mit dem preussischen Landtagswahlrecht. Was hierbei zu bedenken ist, ist, daß wenn wir unter dem doppelten Wahlrecht uns ruhig weiter duden, Anschläge der Reaktion auf weitere Verschlechterung des Reichstagswahlrechts Erfolg haben können. Darum muß das Proletariat alle Kräfte aufbieten, ein wirkliches Wahlrecht zu erringen. Erfolglos sei der Kampf des deutschen Volkes in den letzten 30 Jahren ja nicht gewesen, aber gewaltig seien noch die gegnerischen Mächte. Den offenen Feinden gefellen sogen. Freunde sich zu! Der Weg des Volkes sei geradeaus! Nicht sich durch liebliche Lockrufe, noch durch zorniges Drohen vom geraden Wege abdrängen lassen, das werde zum Ziele führen.

1. Essen, 19. Mai.

Schröder eröffnet die Sitzung mit Verlesung verschiedener Begrüßungstelegramme, darauf nimmt zu einem Referat über Reichsbirgengesetz das Wort Sächse-Jwidau: Es handle sich in der Hauptsache darum, durch eine Entschließung von neuem den Standpunkt der deutschen Bergarbeiter niederzulegen. Redner empfahl folgende Resolution:

Die am 19. Mai cr. in Essen tagende Generalversammlung des Verbandes deutscher Bergarbeiter appelliert aufs neue an das Pflichtgefühl der gesetzgebenden Körperschaften des Reichs, den hohen Bundesrat und Reichstag und ersucht dringend, endlich eine reichsgesetzliche Regelung des Bergarbeiterlohnes baldigst herbeizuführen.

Das Verhalten der Einzelanbauge, Preußen, Sachsen, Bayern etc., gegenüber den Bergarbeiterpetitionen beweist aufs neue, daß sich das eine Land auf das andere verläßt, und daß diese Landesparlamente selbst in manchen Punkten, namentlich bezügl. Knappschichtwesen, reichsgesetzliche Regelung verlangen. (Siehe Nr. 146 Denkschrift der sächsischen Ersten Kammer, Seite 28.)

Da in Bezug auf Länge der Schichtzeit die Nachbarländer, Oesterreich, Frankreich, England und sogar Belgien uns voraus sind, so liegt für Deutschland um so mehr Grund vor, endlich den alten Schlenker abzustreifen und einheitlich, auf dem Wege der Reichsgesetzgebung den anderen zu folgen. — Sodann folgt in der Resolution Aufzählung der bekannten Forderungen: Regelung der Schichtdauer, Verbesserung der Grubeninspektion, Reform des Knappschichtwesens und des Straffsystems, sowie der Bedingungenfestsetzungen, ferner endlich gesetzliche Bestimmungen über Beschäftigung von Frauen und jugendlichen Arbeitern im Bergbau. — Die Resolution fand einstimmig Annahme.

Der zweite Vorsitzende Schröder nimmt sodann Bezug auf eine Notiz des Wolffschen Telegraphenbureaus betr. die Generalversammlung, und weist unter lebhafter Zustimmung der Versammlung die Unterstellung, es habe eine geheime Sitzung stattgefunden, entschieden zurück. Die „geheime Sitzung“ habe bei offenen Thüren getagt, es sei eine geschäftliche Vorbesprechung gewesen. (Der Vertreter des Wolffschen Bureaus sagt Verwirrung zu.)

Bei der sodann vorgenommenen Abstimmung vorliegender Anträge gelangten u. a. nachfolgende von größerer Bedeutung zur Annahme:

„Die Gemahregelunterstützung wird 8 Wochen lang ausbezahlt und zwar 12 Mk. pro Woche, für jedes Kind 50 Pfg. pro Woche.“

„Für den Streikfonds sind auch freiwillig zu Liebende 10 Pfg.-Marken auszugeben.“

„Der Vorstand wird von dieser Generalversammlung beauftragt, der Generalversammlung 1903 eine Vorlage zur Einführung einer Arbeitslosenunterstützung für unsere Mitglieder zu unterbreiten.“

„Werden verforderte Mitglieder wegen ihrer Mitgliedschaft zum Verbands von der Kirchenbehörde zurückgesetzt, an einem besonderen Begräbnisplatz begraben, so hat der Verband im Prozeßwege den ordentlichen Begräbnisplatz zu erstreiten.“

Anträge betr. Gründung einer Pensionskasse für die Verbandsbeamten werden für die nächste Generalversammlung zurückgestellt.

Die sodann vorgenommene Wahl des Vorstandes ergab folgenden Resultat: Sachse, 1. Vorsitzender (Neuwahl); Schröder, 2. Vorsitzender; Maier, Kassierer (Wiederwahl); Düe und Leininger werden als Nebaktive wiedergewählt. Als Ort der nächsten Generalversammlung wird Zwickau bestimmt.

Zum folgenden Punkt: Verstaatlichung von Gruben, hielt der Leiter des Bergarbeiterverbandes, Redakteur Otto Düe-Essen, das nachstehende äußerst interessante Referat:

Es fragt sich, führte der Redner aus, ob erstens die heutige Rechtslage die Grubenverstaatlichung ohne Schaffung eines anderen Rechts zuläßt, zweitens ob die Verstaatlichung wirklich im allgemeinen Interesse liegt, drittens ob die Bergarbeiter speziell ein Interesse an der Verstaatlichung haben. Zur ersten sei festgestellt, daß zur Zeit neun Zehntel des deutschen Rechtsgebietes das Bergrecht vom Staat, mit anderen Worten also das Volk, als Eigentümer der Erbschätze benimmt. Die angeblichen Grubenbesitzer sind in Wahrheit nur Grubenpächter, daher spricht das Berggesetz nicht vom „Vergeben“, sondern nur vom „Verleihen“ der Mineralien. Eine Ausnahme macht das sächsische Berggesetz, indem es die Kohlschätze als einen Bestandteil des Grundeigentums bezeichnet. Sodann gehören die Kohlschätze zum Grundeigentum in dem ehemals kurfürstlichen, jetzigen preussischen Gebiet, die Eisenerze gehören zum Grundeigentum in Schlesien, Ostpreußen, Pommern, Mecklenburg, die Salze der Provinz Hannover. Ursprünglich waren die Erbschätze Gemeineigentum, wie der Bergrechtler Udenbach nachgewiesen. Mit der Entwicklung der Königsämter entstand auch das sogen. Eigentumsrecht an den Mineralien (Bergregal). Die aufstrebenden Grundeigentümer und Landesfürsten zwangen der Centralgewalt das Bergregal ab. Auf dem europäischen Festlande fand eine vollständige Umwälzung des Bergrechts statt, durch die französische Revolution 1789. Diese setzte den König als Mineraligentümer ab; in dem französischen Berggesetz von 1810 ist die „Nation“ als Mineraligentümer eingestuft. Dieses Bergrecht fand Eingang in Holland, Belgien, Griechenland u. a. und auch das allgemeine preussische Berggesetz von 1865 übernahm die bergrechtlichen Grundbesitzer des französischen Gesetzes. Alle anderen Berggesetze der deutschen Bundesstaaten sind dem preussischen nachgebildet, so daß wir eigentlich schon ein einheitliches deutsches Bergrecht besitzen. Nur das sächsische Berggesetz zeigt einige wesentliche Abweichungen auf. Da unser geltendes Bergrecht den Staat als Mineraligentümer nennt, so steht einer Verstaatlichung der Gruben durchaus nichts im Wege.

Kohlen sind für uns alle notwendig wie tägliches Brot, ihre Verwertung schädigt schwer den kleinen Konsumenten, die Industrie sowohl als das ganze Staatswesen. Die Abhängigkeit des Konsumenten von den Monopolisten wird immer größer und ungeschwieblicher. Dieses hat auch der preussische Staat empfunden, daher auch seine neuerliche Erwerbung von Ruhrzechen. Die Grubenbesitzer schließen sich immer enger zusammen, vereinbaren internationale Verträge. Viele deutsche Gruben befinden sich schon jetzt in Händen des ausländischen Kapitals. Je mehr die Konzentration des Grubenkapitals fortschreitet, um so gewaltiger wird die wirtschaftliche Macht der Handvoll Grubenbesitzer. Sie bilden einen furchtbaren Staat im Staate. Der offizielle Staat begeht langsamen Selbstmord, wenn er diesen Monopolisten nicht das Handwerk legt.

Wenn nun ängstliche Gemüter befürchten, der heutige Staat würde als alleiniger Grubenbesitzer die riesigen Werksüberschüsse zu militärischen und sonstigen unproduktiven Zwecken verwenden, so ist darauf zu entgegnen, auch heute erhält der Staat Millionen und Milliarden für Militarismus und Marinismus, da die Volkswirtschaft sehr bewilligungsbefrig ist. Unsere Staatsschuld wächst ins Riesenhafte und dieselben Kapitalisten, die als Grubenausbeuter ungeheure Ueberschüsse einheimen, erhalten als Besitzer der Staatsobligationen noch obendrein die Zinsen von den Staatsschulden. Wenn nun hauptsächlich der Staat als alleiniger Grubenbesitzer die Ueberschüsse zu den erwähnten Zwecken verwenden sollte, was noch längst nicht feststeht, so würde das für den Staatsbürger keine Verschlechterung gegen heute bedeuten. Ueberschüttet wird ja auch bei Verstaatlichung von Eisenbahnen, Post u. c. nicht um die Erhöhung der Staatsmacht gefragt, sondern die Verstaatlichung wird vorgenommen, wenn sie im Gemeininteresse liegt. Jeder Staatsbürger hat aber ein hohes Interesse an der gemeinnützigen Ausbeutung der Mineralien, ganz abgesehen von der Handvoll Interessenten, werden wir daher auch alle der Grubenverstaatlichung nur ruhig zustimmen können. Fragt einer allerdings, ob speziell der Bergarbeiter Veranlassung hat, eine Grubenverstaatlichung zu fordern, so muß mit Nein beantwortet werden. Bekannt ist, daß die fiskalischen Gruben durchaus keine Musteranstalten sind. Viele Privatwerke zahlen bessere Löhne, haben kürzere Arbeitszeit, weisen weniger Unfälle auf, behandeln die Arbeiter humaner wie der Fiskus im Saargebiet. Insbesondere ist allbekannt, daß der Fiskus die staatsbürgerlichen Rechte seiner Arbeiter in der rigorosesten Weise verächtlich, es ist darum nur zu erklärlich, daß die Bergarbeiter als Berufsgruppe nur mit Widerstreben der Verstaatlichungsdebatte näher treten, oder sie sogar direkt ablehnen.

Aber ich betone ausdrücklich, daß das Berufsinteresse zu schweigen hat, wenn die Interessen der Allgemeinheit in Frage kommen. Im übrigen ist die Furcht vor den fiskalischen Betrieben vielfach übertrieben. Die Bergarbeiter fürchten, die Grubenverstaatlichung lege in die Hand des Fiskus eine so starke wirtschaftliche Macht, daß dieselbe die Organisation der Bergarbeiter zerstöre und somit jede Aussicht auf Reformen vernichte. Haben wir denn aber nicht schon heute eine centralisierende Macht der Grubenausbeuter? In den letzten 30 Jahren ist in Deutschland die Zahl der Bergwerksbetriebe von 3800 auf 1700 gesunken, während die Produktion von 51 auf 175 Millionen Tonnen stieg. Die Gesamtbeschäftigung stieg von 200 000 auf 800 000 Köpfe. Die Werksanzahl ist also um 100 Prozent gefallen, zugleich sind aber Produktion und Arbeiterzahl auf das Dreifache gestiegen. Hierin kommt die gewaltige Konzentration des Kapitals in der Montanindustrie deutlich zum Ausdruck. Die Arbeiterzahl 1895 fand in der Bergwerksindustrie unter hundert Gewerksangehörigen 96 Lohnarbeiter und nur 0,5 Unternehmer. In sämtlichen In-

dustrien waren von hundert Gewerksangehörigen 75 Lohnarbeiter und 25 Unternehmer. Diese Statistik beweist haarscharf, daß wir es in der Bergwerksindustrie nur mit einer verhältnismäßig geringen Zahl einer Handvoll Unternehmer zu thun haben. Von den 93 ober-schlesischen Kohlengruben befinden sich 30 im Besitz einiger hochadeligen Familien, in Sachsen sind wenige Leute ebenfalls ausschlaggebend unter den Grubenbesitzern. Im Ruhrgebiet beherrschen die Herren bzw. Familien Funke, Waldbausen, Zehffen, Stinnes, Schulz, Grimberg faktisch die Situation. In allen Revieren bestehen Unternehmerverbände, die ihren Mittelpunkt finden im Centralverband der Industriellen. Die Centralgewalt ist also heute schon vorhanden, weit mehr wie bekannt. Nicht an dem „Vollen“, sondern an dem „Nönnen“ der Scharfmacher liegt es, daß sie die Arbeiterorganisation nicht vernichten, sie möchten gern, aber ihre Pläne sind nicht durchzuführen. Wenn der Staat den Grubenbetrieb allein übernehme, so könnte auch er nur durch einen Staatsstreich die Arbeiterorganisation vernichten, diesen wird er sich wohl rechtlich überlegen, denn was dabei herauskommt, können die Staatsstreicher nicht absehen. Wäre der Reichshauptverein im Jahre 1893 im Saargebiet eine festgefügte und von fähigen Leuten geleitete Organisation gewesen, wäre er nicht durch das Geheimtätigkeit des Volkswereins fürs katholische Deutschland innerlich zerplittert gewesen und hätte der Streik nicht in so ungünstiger Konjunktur stattgefunden, so vermochte der Fiskus den Reichshauptverein nicht zu zerstören. Unter solchen Umständen hätten auch die Privatkapitalisten den Reichshauptverein zu Grunde richten können. Heute hat der Bergarbeiterverband schon zahlreiche tüchtige Mitglieder, die auf fiskalischen Werken arbeiten. Die Hauptfrage ist und bleibt stets Arbeiterenergie und eine straffe Organisation, wo diese nicht ist, da mag der Unternehmer fiskalisch oder privat sein, die Arbeiter leben stets in sehr gedrückten Verhältnissen. Nach dem Dargelegten darf ich mit voller Ueberzeugung aussprechen: auch der Bergarbeiter als solcher kann ruhig der Verstaatlichung zustimmen. Als Staatsbürger muß er dafür eintreten und durch Beteiligung am politischen Parteileben und Wahl von volkstümlichen Abgeordneten die Staatsleitung und Gesetzgebung im demokratischen Sinne beeinflussen. Vergessen Sie aber unter keinen Umständen, daß niemals und nirgends der Arbeiter eine Verbesserung seiner sozialen Lage erreichte ohne kräftige Organisation.

Die Generalversammlung erklärt sich im Princip mit den Ausführungen einverstanden.

Darauf werden die Verhandlungen nach einem kurzen Schlusswort des Vorsitzenden Sachse mit einem dreifachen Hoch auf den Verband geschlossen.

### Ans Sachsen und den Nachbargebieten.

**Finanzfragen.** Die sächsische nationalliberale Korrespondenz hatte sich kürzlich gegen die die Aufhebung der Grundsteuer gerichtete Eingabe des Verbandes sächsischer Industrieller an die Zweite Kammer gewendet und die dort niedergelegten Anschauungen als optimistisch bezeichnet. Der Verband war dann in einer Zuschrift an die nationalliberale Korrespondenz dieser Auffassung entgegengetreten und hatte dargelegt, daß er die Finanzlage keineswegs optimistisch auffasse. Diese Zuschrift wird nun in einer Dresdener Korrespondenz des Leipziger Tageblattes mit folgendem Kommentar begleitet:

Wenn nun auch zugegeben werden muß, daß der Verband sich dem Grste unserer Finanzlage nicht gänzlich verschließt, so kann man ihn doch von einem gewissen Optimismus nicht ganz freisprechen. Obgleich vorläufiglich die Wohnungskuldenverhältnisse in dieser Landtagsperiode bedauerlicherweise gar nicht, oder nur sehr verflümmelt zum Besche werden wird, so können doch die zu erwartenden Erträge der Vermögenssteuer in unserer Finanzwirtschaft nicht entbehrt werden, wenn die Zuschläge zur Einkommensteuer nicht ins Ungemessene anwachsen sollen. Und, wenn es schon mit großen Schwierigkeiten verknüpft ist, den gegenwärtigen Staat ins Balancieren zu bringen, wie soll erst der nächste ausfallen? Die jetzt abgetriebenen Positionen müssen fast alle in zwei Jahren wiederkehren, und es ist mit gleicher Sicherheit anzunehmen, daß verschiedene große Einnahmeposten, z. B. bei den Fortisen und vor allem bei den Eisenbahnen, trotz vorläufiger Vermessung gegen den Staat ganz erheblich zurückbleiben werden. Gegenüber diesen Thatsachen hat der Optimismus in keiner Form eine Existenzberechtigung.

Und interessiert hierbei nur die Auffassung über unsere Finanzlage. Man sieht daraus, daß unsere Finanzlage einfach zum Erbarmen traurig ist, und daß es von der konservativen Presse sehr unangebracht war, wenn sie uns gegenüber unseren Schilberungen der sächsischen Finanzlage den Vorwurf machte, wir malten grau in grau. Rechnete die Regierung bereits für die laufende Eiszeitperiode mit einem Steuerzuschlag von 50 Proz., so kann es heute schon als ausgemacht angesehen werden, daß dieser Zuschlag für künftige Finanzperioden nicht genügen würde, wenn dem Lande nicht neue Steuerquellen erschlossen werden.

**Angesichts der Finanzlage Sachsens** betont das konservative Vaterland liberalen Blättern gegenüber die Thatsache, daß die Konservativen bei allen wesentlichen Beschläffen der früheren Landtage der Zustimmung der Nationalliberalen sich zu erfreuen hatten. Es wäre der nationalliberalen Partei unbenommen gewesen, in jedem einzelnen Falle ihren gegenteiligen Standpunkt zu betonen, das sei aber niemals geschehen. Das stimmt vollständig. Aber eine schiefe Darstellung ist es, wenn das Vaterland weiter schreibt, auch die sozialdemokratische Partei habe gegen die überreichen Bewilligungen, denen wir hauptsächlich unsere jetzige Lage verdanken, sich ausgesprochen, sondern im Gegenteil diesen Regierungsvorlagen stets munter zugestimmt; in vielen Fällen würde sie mit Bewilligungen noch weiter gegangen sein, wenn die Konservativen mitgegangen hätten. Es ist zweifellos richtig, daß die Sozialdemokraten in vielen Fällen, z. B. bei Bahnbauten u. dergl., mit den Konservativen und Nationalliberalen für die Regierungsvorlage gestimmt haben, manchmal vielleicht auch noch mehr bewilligt haben würden, als verlangt worden ist; aber hieran ist sehr häufig gezwungen, gegen mit hohen Ausgaben verbundene Regierungsvorstellungen zu stimmen. Die Hauptsache aber, auf die es ankommt, ist, daß die Sozialdemokraten schon seit langem, um die Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen, eine Steuerreform gefordert und auf die Notwendigkeit der Erhöhung neuer Steuerquellen hingewiesen haben. Deshalb haben sie auch 1897 die Steuerreform der Regierung unterstützt, obwohl sie ihnen nicht genügt, der Landtag aber hat, und zwar Konservativen ebenso wie Nationalliberalen, die Steuerreform abgelehnt und so die gegenwärtige Finanzmisere verschuldet.

**Das Gesamtergebnis** des Betriebes der sächsischen Staatsbahnen und der mitverwalteten Privatbahnen für das Jahr 1901 stellt sich wie folgt (die entsprechenden Zahlen des Vorjahres sind in Klammern beigefügt): Es sind 68 270 743 (67 222 491) Personen bei 37 926 110 (37 550 370) Kilogramm Reisegepäck, ferner 23 608 609 (25 299 264) Tonnen Güter, darunter 184 568

(184 986) Tonnen Eilgut befördert worden. Die Einnahmen betragen aus dem Personen- und Gepäckverkehr 30 986 432 Mk. (40 550 080 Mk.), aus dem Güterverkehr 74 171 121 Mk. (79 900 473 Mk.). Die Gesamteinnahme bezifferte sich demnach auf 114 703 553 Mk., d. i. gegen das Ergebnis im Vorjahre von 120 450 553 Mk. eine Abnahme um 5 747 000 Mark. Das Staatseisenbahnnetz umfaßte am Schlusse des Jahres eine Länge von 3067,79 Kilometer (3043,89 Kilometer).

Auch im ersten Vierteljahr laufenden Jahres haben sich die Betriebsergebnisse noch nicht gebessert. Die vorläufig festgestellten Verkehrseinnahmen im Monat April 1902 betragen 9 287 790 Mk. (— 169 732 Mk.), wovon 3 060 090 Mark (— 363 125 Mk.) auf den Personenverkehr, 6 227 700 Mark (+ 193 393 Mk.) auf den Güterverkehr entfallen. Von Einfluß auf den Vergleich mit dem Vorjahre ist das ungleiche Fallen des Osterfestes. Die Gesamteinnahmen vom 1. Januar bis 30. April d. J. betragen 33 711 958 Mk. (— 87 380 Mk.). Hierzu trugen der Personenverkehr 10 910 107 Mk. (+ 286 011 Mk.), der Güterverkehr 22 801 851 Mk. (— 373 391 Mk.) bei.

**Apothekentwucher.** Dem Landtage liegt bekanntlich ein Gesetzentwurf über die Aufhebung der mit Apothekergerechtigkeiten verbundenen Verbotungsrechte, d. h. der durch gültige Privilegien verliehenen Rechte der Inhaber von Apotheken, andere von dem Betriebe einer Apotheke innerhalb des Bereiches des Verbotungsrechtes auszuschließen, vor. Der Entwurf will die Aufhebung in schonender Weise geschehen lassen, indem er die Gewährung einer Entschädigung vorsieht, so oft in dem Bereiche eines unwiderruflichen Verbotungsrechtes eine oder mehrere Apotheken neu errichtet werden. Damit soll dem Apothekentwucher eine Schranke gesetzt werden. Wie notwendig es ist, daß dem Bucher bei Apothekenverkäufen ein Ende gemacht werde, beweist ein Fall, der gegenwärtig die Kunde durch die Presse macht. Als in der ober-schlesischen Stadt Königshütte 1875 die zweite Apotheke neu konzeffioniert wurde, zählte Königshütte 26 000 Einwohner. Nach 16 Jahren, im Jahre 1891, war Apotheker Steiner in der Lage, die unentgeltlich erworbene Apotheke für 225 000 Mk. zu veräußern. Da hiervon nur 60 000 Mk. auf das Gebäude fielen, so hatte die Konzeffion einen Wert von 160 000 Mk. erlangt. Inzwischen war nämlich die Einwohnerzahl von 26 000 auf 41 000 gestiegen. Der Erwerber der Apotheke war schon nach vier Jahren in der Lage, die Apotheke mit einem weiteren Aufschlag von rund 75 000 Mk. weiter zu veräußern, da inzwischen der nördliche Stadtteil, in dem die Apotheke liegt, um 4000 Einwohner zugenommen hatte. Da in diesem Stadtteil die Einwohnerzahl seitdem noch um weitere 5000 Köpfe gestiegen ist, so war der dritte Apotheker schon im Stande, die Apotheke für 383 000 Mk. zu verkaufen, wobei die Konzeffion mit etwa 320 000 Mk. bewertet wurde. Ähnliche Beispiele sind auch aus Sachsen zur Genüge bekannt.

**Dresden, 21. Mai.** Die Sächsische Arbeiter-Zeitung berichtet: Der Besitzer des Dresdener Generalanzeigers, Werle, hatte nebst drei Redakteuren dieses Blattes gegen unser Redaktionsmitglied Fleißner beim Dresdener Amtsgericht Privatklage wegen öffentlicher Beleidigung und unlauteren Wettbewerbs anhängig gemacht, wie wir schon mitteilten. Herr Werle fühlte sich beleidigt und geschädigt, weil die Sächsische Arbeiter-Zeitung und die Dresdener Volksmacht den Generalanzeiger gehörig an den Pranger stellten. Das Blatt hatte einen der tollsten freundschaftlichen Artikel gebracht, worauf dann Herr Werle in Rücksicht auf die Leser seines Blattes einem Redakteur einfach befahl, auf den tollstrenndlichen einen tollstrenndlichen Artikel zu schreiben. Diese Art öffentliche Meinungsäußerung kennzeichneten wir gebührend. In Dresden ist Herr Werle bekanntlich mit seiner Klage hineingefallen, indem der Volksmacht-Redakteur freigesprochen wurde, da er den Wahrheitsbeweis erbrachte. Das Dresdener Amtsgericht hat jetzt, wie Genossen Fleißner gestern amtlich mitgeteilt wurde, Herrn Werle mit seiner Klage abgewiesen und Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt, weil der Strafantrag nicht rechtzeitig — innerhalb drei Monaten nach Kenntnis der angeklagten Beleidigenden Artikel — gestellt wurde.

**Eisenach, 20. Mai.** Lebhaft ist es in der letzten Gemeinderatsitzung hergegangen. Man besprach die Etatübersichtungen der letzten Jahre, die sich auf über 30 000 Mk. beziffern. Besonders war im Bauamt auf tolle Weise gewirtschaftet worden. Ohne Rücksichtnahme auf den aufgestellten Etat hatte der frühere Stadtbaumeister Forth, der jüngst nach London geflüchtet ist, aus dem Vollen heraus geschöpft und so die großen Ueberschreitungen verschuldet. Ohne lange zu prüfen, hat er Rechnungen mit viel zu hohen Summen zur Auszahlung angewiesen und so die Stadt direkt und indirekt geschädigt. So wurden beispielsweise für Steinfertigungen 5212 Mk. und für Asphaltarbeiten 2506 Mk. zu viel gezahlt, Summen, welche die betreffenden Firmen später an die Stadt zurückgewähren mußten. Dem Oberbürgermeister Dr. v. Fensou wurde vom Gemeinderat nach dreistündiger scharfer Debatte, trotzdem er sich wiederholt verteidigt hatte, ein dreifaches Mißtrauensvotum ausgesprochen. — Der Eisenacher Zeitung wird noch zur Charakterisierung des Stadtrégiments geschrieben: Schon zur Zeit, als Herr Baurat Hagen noch im Dienst der Stadt Eisenach stand, pflegte Herr Forth in recht arbeitsreicher Zeit seine Fröhlichkeiten zu machen, während sein Vorgesehter arbeitete. Eines Tages ging nun der Herr Baurat, dem die Sache wohl etwas zu viel wurde, um seinen Herrn Forth sich zu holen, man munkelt, aus dem Freischütz. Bei dieser Gelegenheit wurden dem Herrn Stadtbaurat die Thüren zugehalten, während der Stadtbaurat seiner Schoppen hob. Nach einer anderen Version will sich letzterer allerdings durch das Fenster entfernt haben. Eine hierauf bezügliche Beschwörung des Herrn Hagen wurde von dem damaligen interimistischen Stadtoberhaupt einfach ad acta gelegt. Sicher ist es, daß, wenn man solche berechtigte Klagen berücksichtigt hätte, dann manches folgende nicht passiert wäre. Es scheinen sich diese faulen Zustände in unserer Stadterwaltung ganz ruhig und langsam haben entwickeln können.